Marginalien/ Rezensionen

Objekttyp: **BookReview**

Zeitschrift: **Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik**

Band (Jahr): **36 (2017)**

Heft 69

PDF erstellt am: **01.06.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

MARGINALIEN/REZENSIONEN

Judith Butler: **Anmerkungen zu einer performativen Theorie der Versammlung.** Aus dem Amerikanischen von Frank Born. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (312 S.)

Wer ist «das Volk» und gibt es überhaupt so etwas wie einen Volkswillen und eine Volkssouveränität? An Chantal Mouffe und Ernesto Laclau anknüpfend, beginnt Judith Butlers Buch mit der Feststellung, dass das «Volk» nicht einfach die «Bevölkerung» ist, sondern hergestellt wird durch diskursiv gezogene Grenzlinien «entlang der bestehenden Nationalstaaten, ethnischen oder sprachlichen Gemeinschaften oder politischen Zugehörigkeiten« (S. 12). Eine radikaldemokratische und emanzipatorische Politik muss sich damit auseinandersetzen, «wie jene Grenzziehung vorgenommen wird, die in den Vordergrund rückt, wer ‹das Volk› ist, und die jene Menschen, die nicht dazu zählen, in den Hintergrund drängt, an den Rand schiebt oder dem Vergessen ausliefert» (S. 12).

Die US-amerikanische Philosophin verweist darauf, dass die Konstituierung einer bestimmten Volksidentität stets das Resultat einer performativen Äusserung ist: «Der Akt der Abgrenzung geht mit einer *performativen* Form der Macht einher, die ein fundamentales Problem der Demokratie darstellt [...]. Es ist eine stets offene Frage, ob ‹das Volk› dieselben Menschen sind wie die, die den ‹Volkswillen› ausdrücken, und ob jene Akte der Selbstbenennung als Selbstbestimmung oder sogar als gültige Willensäusserungen des Volkes gelten können.» (S. 13) Es wird immer Menschen geben, die versuchen, «das Volk» zu definieren – und sie werden immer weniger sein als «das Volk», das sie zu definieren versuchen. Aber bedeutet dies, dass es überhaupt keinen genuinen Ausdruck eines Volkswillens geben kann, sondern immer nur den Willen derjenigen, die sich selbst als RepräsentantInnen des Volkes inszenieren? Um Butlers Auseinandersetzung mit dieser grundsätzlichen Fragestellung auf die Spur zu kommen, ist es zentral, den Begriff der Performativität in ihrem Denken zu verstehen.

Der Begriff der Performativität erlangte durch John L. Austins *How To Do Things with Words* (1962) den Status eines philosophischen Terminus technicus und wird seitdem allgemein verwendet, um darauf zu verweisen, dass Sprechhandlungen im Moment ihrer Aufführ-

rung etwas *tun*. Butler rekurriert schon in früheren Schriften auf diesen Begriff, um zu untersuchen, wie Identität durch die Wiederholung (Iteration) von Sprach- und Handlungskonventionen konstruiert wird. So lag der Fokus in *Gender Trouble. Feminism and the Subversion of Identity* (1990) auf performativen Akten der Verkörperung, die durch historische Konventionen konditioniert und die Voraussetzungen für die Herstellung von Geschlechteridentität sind. In *Gender Trouble* wird insbesondere auf die theatralische Dimension von Körperhandlungen aufmerksam gemacht, durch die Gender konstituiert wird. Diese primär phänomenologisch argumentierende Akttheorie erfährt im Folgewerk *Bodies that Matter* (1993) eine sprechakttheoretische Überformung. Hier verknüpft Butler die Frage der Performativität mit der «Macht des Diskurses, das hervorzubringen, was er benennt» (*Körper von Gewicht*, 1997, 309).

Eine für die meisten ihrer Bücher grundsätzliche, stark an Michel Foucault und Jacques Derrida anknüpfende These ist, dass sowohl körperliche als auch sprachliche «performances» nur gelingen können, wenn sie bereits codierte Formulierungen oder Inszenierungen wiederholen und rekontextualisieren. Die wirkmächtige Reproduktion und das Fortbestehen nicht nur von Geschlechterrollen, sondern auch von allen anderen Formen identitärer (Selbst-)Zuschreibungen basieren auf einem Mechanismus ständiger Wiederholung von normierten Sprach- und Handlungsmustern. In diesem Zusammenhang entwickelt Butler ihr Projekt einer Politik des Subversiven: In der Wiederholung und Rekombination von sich überschneidenden und widersprechenden Formulierungen und Inszenierungen sieht sie die Möglichkeit, Widerstand zu leisten. Durch Wiederholungen, die die historische und kulturelle Kontingenz identitärer Zuschreibungen sichtbar machen, werden hegemoniale Diskurse herausgefordert und alternative Formen der Identifikation und Vergemeinschaftung ermöglicht.

In *Notes Toward a Performative Theory of Assembly*, wie der Titel der englischen Originalausgabe lautet, führt Butler nun dieses Projekt weiter und verknüpft es mit Fragen zur subversiven Wirkung und Aussagekraft politischer Versammlungen. Versammlung bzw. gemeinsames Handeln definiert sie dazu als «eine verkörperte Form des Infragestellens der inchoativen und mächtigen Dimensionen herrschender Vorstellungen des Politischen» (S. 17). Versammlungen sind «Formen verkörperter, pluraler Performativität», die «schon vor und unabhängig von den spezifischen Forderungen, die sie stellen, eine Bedeutung» haben (S. 15). Das konzertierte verkörperte Handeln mehrerer Individuen ist performativ, weil es «bereits spricht, bevor [...] ein Wort geäussert» wird (S. 204). Nun: Was sagen bzw. tun Versammlungen, noch bevor sie etwas Spezifisches sprachlich fordern? Drei von Butler hervorgehobene performative Funktionen bzw. Ebenen, auf denen Versammlungen Wirkung entfalten können, sollen im Folgenden beleuchtet werden.

Versammlungen sind *erstens* «aufkeimende und vorläufige Formen der Volkssouveränität» (S. 25), die «eine leibliche Forderung nach lebenswerten wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Bedingungen [darstellen], die nicht mehr durch von aussen auferlegte Formen der Prekarität erschwert wer-

den» (S. 19). Prekarität ist hier ein Schlüsselbegriff. Butler verweist auf den Zusammenhang zwischen dem durch neoliberale Politik vorangetriebenen Prozess der Prekarisierung breiter Bevölkerungsschichten und dem Diskurs der Eigenverantwortlichkeit (Responsabilisierung), der die prekären Situationen einzelner Individuen als selbstverschuldet darstellt. Die neoliberale Forderung nach Eigenverantwortung geht Hand in Hand mit gesellschaftlicher Isolierung. Versammlungen sind Formen des gemeinsamen Handelns, die die Möglichkeit schaffen, «jene individualisierte und unerträgliche Form der Verantwortung zu demontieren und an ihre Stelle ein Ethos der Solidarität zu setzten, das die wechselseitige Abhängigkeit und das Angewiesensein auf funktionierende Infrastrukturen und soziale Netzwerke bejaht» (S. 33). Versammlungen stellen somit provisorische und plurale Formen des Zusammenlebens dar.

Die *zweite* performative Leistung von Versammlung ist die Bildung von Körperallianzen. Dies illustriert Butler am Beispiel der Geschlechterpolitik: «Damit der Kampf für die Rechte geschlechtlicher und sexueller Minderheiten auch ein Kampf für soziale Gerechtigkeit ist, [...] ist es notwendig zu erkennen, dass wir nur eine Bevölkerungsgruppe sind, die Bedingungen der Prekarität und Entrechtung ausgesetzt ist oder werden kann.» (S. 91) Versammlungen sind Formen des Widerstands, bei denen sich prekarisierte und entrechtete Gruppen solidarisieren und damit nicht mehr für singuläre und identitätsspezifische, sondern plurale Rechte eintreten.

Drittens können Versammlungen auch die Funktion haben, dass Handelnde die von ihnen gewünschten und angestrebten Gesellschaftsordnungen inszenieren. Versammlungen haben in diesem Sinne einen exemplarischen Charakter, weil sie aufzeigen, wie ein gemeinsames gutes Leben aussehen könnte: «Akte des Widerstands [müssen] zugleich Nein zur einen Lebensweise und Ja zur anderen sagen.» (S. 278)

Butler ist sich selbstverständlich bewusst, dass nicht alle Formen der Versammlung unbedingt emanzipatorischen Charakter haben. Diesbezüglich präzisiert sie, dass es ihr nicht «um die angebliche Vitalität wogender Mengen» geht, «sondern vielmehr darum, mich einem Kampf anzuschliessen, der angesichts der systematisch herbeigeführten Prekarität und vielgestaltigen ethnischen Armut die Schaffung tragfähiger Bedingungen für ein lebbares Leben anstrebt» (S. 237). Butler unterscheidet also implizit zwischen guten und schlechten Versammlungen, wobei erstere diejenigen sind, die inklusiv Solidarität bekunden, während letztere auf dem Mechanismus der feindseligen Exklusion und Beschuldigung bestimmter Minderheiten basieren.

Es handelt sich bei Butlers neustem Werk weniger um ein Handbuch für AktivistInnen, sondern vielmehr um eine eher unsystematische Verdichtung von kritischen Erwägungen und Vorschlägen, die eine weiterführende Diskussion anregen möchte. Butler setzt sich sehr intensiv mit Thesen, Fragestellungen und theoretischen Ansätzen von mehreren Autoren (insbesondere von Hannah Arendt, Emmanuel Levinas, Giorgio Agamben und Theodor W. Adorno) auseinander. Wegen dieser ständigen Bezugnahme und Abgrenzung von anderen philosophischen Positionen ist die Lektüre voraussetzungsreich und anspruchsvoll. Die Essay-

sammlung enthält aber durchaus interessante Überlegungen bezüglich der wirksamen Gestaltung einer globalen radikaldemokratischen Politik. Indem sie den Fokus auf die Performativität von gemeinsamen Körperhandlungen legt, versucht Butler einen Weg aus der Sackgasse der repräsentativen Demokratie zu finden, die nie wirklich inklusiv und global sein kann. Worum es ihr geht, sind Formen des politischen Handelns, die nationale, geschlechtliche, sexuelle, ethnische und linguistische Grenzen sprengen können. In einer Zeit, in der Prekarisierung und Entrechtung durch neoliberale und oft autoritäre Politik auf immer mehr Bevölkerungsgruppen ausgeweitet wird, ist die Frage nach erfolgreichen Formen der solidarischen Vergemeinschaftung besonders wichtig und aktuell.

Ich möchte mit zwei kritischen Bemerkungen schliessen. Erstens: Butlers Essay schenkt dem Problem der Notwendigkeit medialer Repräsentation zu wenig Beachtung. Obwohl sie selbst darauf verweist, dass Versammlungen sich oftmals mittels orchestrierter Inszenierungen und medialer Berichterstattung auf eine Weise instrumentalisieren lassen, die nicht den Intentionen der Handelnden entspricht, liefert sie keine wirklich überzeugenden Vorschläge, wie man mit diesem Problem umgehen kann bzw. soll. Aber wenn man ein radikaldemokratisches Projekt verwirklichen möchte, muss man herausfinden, welche Repräsentationsformen, medialen Kanäle und Rhetoriken angewendet werden können. Eine Antwort auf diese Frage ist zentral, damit die in und durch Versammlungen zum Ausdruck kommenden ethischen und politischen Forderungen die Grenzen des materiellen Raums überschreiten können.

Die zweite kritische Bemerkung betrifft das Problem der Gewalt: Butler hat offenkundig ein politisches Projekt vor Augen, welches mehr auf Solidarität als auf Konfrontation setzt. Sich versammelnde Menschen sind nur allzu oft mit Gewaltdrohungen und -anwendungen von Polizei, Militär oder Schlägertrupps konfrontiert. Trotzdem unterstreicht Butler ihre Überzeugung, dass Versammlungen mit emanzipatorischen Zielen unbedingt gewaltlos agieren müssen (mit Verweis auf Gandhis gewaltlosen zivilen Ungehorsam). Dabei unterschlägt sie, dass auch gewaltfreie Versammlungen systematisch angewendete Gewalt erzeugen: Versammlungen können selbst durchaus gewaltlos sein, aber sie sind sicherlich nicht frei von Konfrontation – und wo es Konfrontation gibt, entsteht unvermeidlich ein Bruch im gesellschaftlichen Gefüge. In dieser Hinsicht sind auch gewaltlose Versammlungen «performances», die potenziell immer eine Grenze produzieren – nämlich jene zwischen Gewaltanwendenden und Gewalterleidenden. Um es auf den Punkt zu bringen: Eine völlig inklusive radikaldemokratische Politik ist nicht möglich, weil es immer jemanden geben wird, der sich ihr widersetzt. Die grundsätzliche Frage, die Butler nicht stellt, die aber unbedingt gestellt werden muss, scheint mir folgende zu sein: Wie kann man Konfrontationen im öffentlichen Raum begegnen, wie Konflikte sprachlich und visuell zur Darstellung bringen, sodass man nicht in eine Spirale der Gewalt gerät, sondern eine bessere und lebbarere Welt für alle verwirklichen kann?

Baldassare Scolari

Andi Zeisler: **Wir waren doch mal Feministinnen.** Vom Riot Grrrl zum Covergirl – Der Ausverkauf einer politischen Bewegung. Aus dem Englischen von Anne Emmert und Katrin Harlaß. Rotpunktverlag, Zürich 2017 (204 S.)

Wenn Andi Zeisler den Popfeminismus verhandelt, dann weiss sie, wovon sie spricht – schliesslich hat sie ihn als Redaktorin des US-amerikanischen *Bitch*-Magazines tatkräftig mitgestaltet. *Bitch. Feminist Response to Pop Culture* erschien zum ersten Mal 1995, in der Zeit zwischen dem geschlechterpolitischen Backlash der 1980er-Jahre und der anlaufenden Dotcom-Revolution, die auch der Frauenbewegung vollkommen neue mediale Ausdrucksformen bescheren sollte. Zunächst ging es Popfeministinnen wie Zeisler um die feministische Seite der Popkultur, um Frauen und Feminismus in Mode-, Musik- und Filmindustrie. Nach und nach verschob sich der Fokus und richtete sich auf die Gegenbewegung, also darauf, wie diese Medien- und Wirtschaftsbereiche den Feminismus beeinflussten. Und irgendwann war dann der Feminismus «plötzlich hip» (S. 7). Diese Umkehrung des Popfeminismus von der Subkultur in den kulturellen, politischen und wirtschaftlichen Mainstream zeichnet Zeisler in *Wir waren doch mal Feministinnen* nach.

In der Einleitung umreisst Zeisler kurz und knapp, was sie unter dem «Problemkind» Marktfeminismus versteht: «Die meisten Probleme, die feministische Bewegungen überhaupt erst nötig machten, sind noch immer aktuell, doch Mainstream, Stars und Unternehmen vertreten einen coolen Spass-Feminismus, den sich jede*r zu eigen machen kann. Man hat dieses Phänomen schon als ‹Pop-Feminismus›, ‹Wohlfühl-Feminismus› und ‹weissen Feminismus› bezeichnet. Ich spreche vom ‹Marktfeminismus›. Dieser Feminismus ist dekontextualisiert. Er ist entpolitisiert. Und diese Wiederkehr des Feminismus ist die wohl populärste aller Zeiten.» (S. 12) Was der markttaugliche Feminismus in die Öffentlichkeit trage, so Zeisler, sei nur die schöne, appetitliche, bekömmliche Seite des Feminismus: «heterosexuelle Beziehungen und Ehe, wirtschaftlicher Erfolg, der bestehende kapitalistische Strukturen nicht infrage stellt, das Recht, unter Wahrung der körperlichen Autonomie begehrenswert zu sein» (S. 14). Durch die Anpreisung dieser Inhalte ist der «Kampf um die Gleichstellung der Geschlechter [...] vom kollektiven Ziel zu einer Handelsmarke verkommen» (S. 15). Und es sind nicht die Männer, die diese feministische Marktschreierei übernommen haben, sondern die Frauen selbst, die – in Anlehnung ans Zeislers Titelsetzung – ihre eigene Bewegung ausverkauft haben. Zwar meint sie dann fast schon brav, es gehe ihr darum, den Marktfeminismus einzuordnen und der Frage nachzugehen, was aus einer sozialen, politischen und nach wie vor radikalen Bewegung wird, wenn sie durch Popkultur und Medien gefiltert wird (S. 16). Mit etwas mehr Biss lässt sich Zeislers Anspruch aber durchaus folgendermassen übersetzen: Es geht ihr um die Rückeroberung des system- und gesellschaftskritischen Potenzials der Popkultur und des Feminismus. In neun Kapiteln widmet sie sich deshalb der Werbeindustrie, Hollywood, dem Modebusiness, der Fernsehwelt, Beyoncé, dem Postfeminismus, dem Phänomen Empowerment, weiblichen Business-Netzwer-

ken und der Körper- und Schönheitsindustrie. Da die Kapitel in sich geschlossen und kohärent sind, muss das Buch nicht linear gelesen werden. Ich empfehle die gelungenen Kapitel zur Werbeindustrie, über den Beyoncé-Effekt, zum Imperativ der (Selbst-)Ermächtigung und zu weiblichen Business-Netzwerken in den USA.

Zeisler legt mit einer pointierten Recherche zum Eintritt der Frau in die Konsumwelt los: Zigaretten gehörten zu den ersten Produkten, mit denen sich der Markt auf die neue Frauenbewegung zu Beginn des 20. Jahrhunderts einstellte. Lucky Strike entwarf als erstes Unternehmen eine entsprechende Werbekampagne, die die Zigaretten zunächst als Schlankheitsmittel anpries. Kurze Zeit später wurden Zigaretten dann bereits als Zeichen der Freiheit und Autonomie präsentiert: 1929 heuerte Lucky Strike Frauen als Demonstrantinnen an, die bei einem inszenierten Marsch für Gleichberechtigung Zigaretten als «Fackeln der Freiheit» hochhielten (S. 22ff.). Die Kampagne war ein Erfolg, andere Firmen zogen nach und bald galt die Zigarette nicht mehr nur als Nebenprodukt weiblicher Emanzipation – sie war diese Emanzipation selbst. Tabakfirmen, so analysiert Zeisler, vereinnahmten «die Sprache der Emanzipation zum Zwecke des Verkaufs ihrer Produkte und konnten auf diese Weise zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: den Geist der Bewegung feiern, zugleich aber [...] ein neues Rollenvorbild etablieren – den Archetypus der ambitionierten Frau» (S. 24). Es ist bis heute ein Paradox: Feministische Ideen und emanzipatorische Forderungen werden durch Medien verbreitet und popularisiert, zugleich aber auch vereinnahmt und unterwandert.

Der Popfeminismus habe sich, so Zeisler, den Gesetzen des neoliberalen Branding unterworfen: «Wir sind inzwischen so weit, dass wir nicht mehr über die Erfolge von Menschen und der von ihnen geführten Unternehmen sprechen oder schreiben, sondern über deren Erfolge als Marken. Alles ist zur Marke geworden: Oprah Winfrey (selbstverständlich) und die Kardashians (zwangsläufig); Apple und Microsoft; Hillary Clinton und Carly Fiorina [...].» (S. 94f.) Anstatt den Feminismus von innen heraus zu stärken, richte sich die marktförmige Emanzipation stets nach aussen: Der Feminismus soll für ein möglichst breites Publikum attraktiv gemacht werden, «indem man ihn auf ein Bild und ein paar Begriffe eindampft» (S. 96). Diese «Abziehbilder allseits vertrauter Ideen, Objekte und Narrative» entpuppten sich bei genauerem Hinsehen allerdings als Schimären, die «ausschliesslich um persönliche Identität und Konsum kreisen» (S. 98). Dagegen fordert Zeisler gemäss dem Titel des Epilogs das «Ende des Wohlfühlfeminismus»: Sie will einen (Pop-)Feminismus entwerfen, der nicht weniger Sexismus fordert, sondern mehr Gleichstellung; der ein «nützliches Werkzeug für den Aktivismus» (S. 286) wird; der nicht nur einigen wenigen Frauen finanziell nützt, sondern allen die «Freude und Begeisterung für die Schaffung einer feministischeren Kultur» (S. 287) näherbringt.

Zeislers Buch zeugt von akribischer Recherche, einem feinen Spürsinn für marktfeministische Logiken sowie dem Willen, sich auf die eigenen politischen Wurzeln zurückzubesinnen. Die einzelnen Kapitel überzeugen durch eine ausgewogene Mischung von Mikroanalyse und historischer Perspektive. Damit lie-

fert Zeisler den geneigten LeserInnen einen vollen Köcher Faktenpfeile, die sich noch in so manchen Diskussionen um sexistische Werbung, geschlechterstereotype Filmrollen und politisch erfolgreiche Frauen als treffsicher erweisen werden. Ein dritter Aspekt neben den spannenden Beispielen und der historischen Einbettung hätte dann meines Erachtens die theoretische Anbindung sein müssen – diese aber fehlt dem Buch weitgehend. Zwar kommt Zeisler auch ohne Verweis auf entsprechende feministische Theorien zum Schluss, dass der Feminismus in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit der ideologischen Verbreitung des Neoliberalismus zusammenfiel, der aus der institutionalisierten Ungleichheit ein angeblich persönliches Problem machte (S. 183), und sich diese Logik insbesondere ab den 1990er-Jahren mit der «Anerkennung vielfältiger, sich überschneidender Identitäten» (S. 209) paarte. Auch besticht Zeisler durch die Klarheit, mit der sie ein ums andere Mal aufzeigt, wie pop- und marktfeministische Logiken dem Trugschluss erliegen, dass Wahlfreiheit dasselbe sei wie Gleichstellung (bes. S. 216–221). Aber diese Einsichten sind im Kontext marxistischer Feminismustheorien, wo seit Jahrzehnten sehr wohlüberlegte Einwände zu Identitäts- und Gleichstellungspolitiken verhandelt werden, nicht besonders originell. Zwar hangelt sich Zeisler in ihren Beispielen den intersektionalen Linien von «race, class and gender» entlang, doch schafft sie es nicht, davon ausgehend ein (pop)feministisches Programm zu entwerfen. Mit ihren Beispielen legt sie den Finger mit sicherem Gespür auf wunde Punkte gesellschaftlicher und feministischer Entwicklungen. Aber der Fokus auf Probleme und Ungleichheiten garantiert noch kein Programm für die Zukunft.

Das schwerwiegendste Beispiel für das Fehlen eines theoretischen Geländers liefert Zeisler mit der ihrem Buch zugrunde liegenden, aber nirgendwo explizit reflektierten Unterscheidung zwischen Markt-, Pop- und antikapitalistischem Feminismus. Damit bringt sie sich selbst in die Bredouille, denn sie entführt den Feminismus in die moralische Welt von Gut und Böse: unmoralischer, falscher Marktfeminismus versus guter, richtiger antikapitalistischer Feminismus (siehe etwa S. 46 und 238). Im Zuge der Rehabilitierung des Popfeminismus nun möchte Zeisler aufzeigen, dass dieser nicht identisch ist mit dem Marktfeminismus. Er ist aber auch kein eigenständiges Drittes in Bezug auf den Gegensatz von marktförmigem und antikapitalistischem Feminismus, sondern kann sich beiden Positionen annähern. Zeisler hadert permanent mit ihrer eigenen, impliziten Unterscheidung, weil diese sie dazu zwingt, ihre Beispiele zu stereotypisieren. So etwa bei ihrem Umgang mit der DIY-Frauenpunkbewegung Riot Grrrl, die Zeislers Buch im Untertitel trägt. Anstatt deren Entstehung, Ausmass und Wirkung zu würdigen, verkommt das Beispiel für den «richtigen» Popfeminismus auf gerade mal vier Seiten (S. 202–205) zu einer Kontrastfolie für das ausgiebig ausgeschlachtete Beispiel des «falschen» Popfeminismus der Musikgruppe Spice Girls. Anstatt also den Feminismus als versteckte Dialektik aufzuziehen, wäre es vielleicht sinnvoller gewesen, seine Fragmentierung wirklich anzuerkennen. Dann hätte Zeisler ihre Feminismen beispielsweise als verschiedene Formen feministischer Lebensstile beschreiben können. Längst nämlich

lassen sich bürgerliche, sozialdemokratische, antikapitalistische, queere, schwarze, akademische und/oder gewerkschaftlich organisierte Feminismen anhand von Sprache, Kleidung, Wohnräumen, Konsum und Gadgets erkennen. Wir haben es – um in Zeislers Marktrhethorik zu bleiben – mit verschiedenen feministischen Lifestyles zu tun, die sich allesamt Medien zu eigen machen, in Medien (re)präsentieren. Und überall dort, wo der Feminismus medienförmig wird, fällt die Unterscheidung von Markt- und anderen Feminismen zusammen – und dann wird es erst *wirklich* interessant! Trotz oder möglicherweise gerade wegen allzu knapper Theoriebezüge regt Zeislers Buch an zum Weiterdenken. Es eignet sich als Einstiegslektüre in einen kapitalismuskritischen Feminismus mit Fokus auf die USA und empfiehlt sich zudem als Materialfundus, um eigenständige Argumentationen in Zukunft mit saftigen Beispielen zu belegen.

Dolores Zoé Bertschinger

Wolfgang Hafner

Nachruf auf einen Verzweifelten. Zum Werk von Mark Fisher

Die vom Strukturalismus beeinflussten Kulturphilosophen und -analytiker wie Gilles Deleuze, Félix Guattari, Slavoy Žižek, Jean Baudrillard etc. haben zurzeit Hochkonjunktur. Ihre praktische Relevanz ist jedoch umstritten. Aber mit der zunehmenden Schwierigkeit, politische Perspektiven jenseits der vereinfachten Klassenkampfrhetorik zu entwickeln, und der allgemein vorhandenen Ratlosigkeit drängen sich heute umfassendere Versuche der Analyse auf. Letztlich geht es dabei immer um den Versuch, Sinn zu schaffen, sich zu orientieren und Anknüpfungspunkte für mögliche Entwicklungen zu finden. Ein solcher Reflexionsrahmen kann die Auseinandersetzung mit Produkten der Kulturschaffenden sein, da in der Kultur und Kunst gemeinhin eine höhere Sensibilität für zeitgemässe Befindlichkeiten und mögliche Auswege vermutet wird. Und es gibt viele, die in den Formen und Produkten, sowie im Betrachten und Reflektieren dieser Werke Antworten suchen. Das zeigt beispielsweise der Erfolg der jüngsten Ausstellung in der Fondation Beyeler in Basel. Diese hatte den «Blauen Reiter» zum Thema, eine Kunstrichtung, die von Wassily Kandinsky und Franz Marc vor dem Ersten Weltkrieg ins Leben gerufen wurde. Allerdings bleibt offen, ob in der Ausstellung mit Bezug auf die Vorkriegsjahre weiterleitende Perspektiven entwickelt werden. Denn letztlich blicken die BesucherInnen auf Bilder wie Caspar David Friedrichs *Der Wanderer über dem Nebelmeer* und sehen sich dem kommenden Schicksal des Weltkriegs ausgeliefert wie einer Naturkatastrophe.

Einen anderen fragwürdigen Aspekt kulturellen Ausdrucks stellt die beiläufige, friedliche Integration des Unheils vergangener Jahre in wie unter dem Einfluss von halluzinogenen Pilzen orchestrierte Landschaften dar. Das tat Pipilotti Rist 2016 mit ihrer erfolgreichen Ausstellung im Kunsthaus Zürich. Ihr

gelang es, den Waffenschmied Emil G. Bührle (1890–1956), der dem völkisch-braunen Sumpf entsprossen war, mit einem gestrickten Käppchen zum Opa Bührle umzufirmieren und zum Teil ihrer Ausstellung werden zu lassen. Die Wahrnehmung steht im Zentrum. Wahrnehmung kommt vor Inhalt, so das Postulat. Damit einher geht der therapeutische Anspruch dieser Kunst, durch Wahrnehmung die Realität zu ändern. Alles leicht verzückt, schwebend wie ihre Installationen. Auch ohne Drogen werden die BetrachterInnen der Wirklichkeit enthoben: Kaffee ohne Koffein, wie es Slavoj Žižek formulieren würde. Insgeheim entwickelt man gewisse Sympathien für die rechten Abwracker der illusionären Wirklichkeit und des Umfelds, das diese Wirklichkeit schuf. Das ist der Nährboden für Bewegungen à la Trump.

Die Aussichten, diesen Teufelskreis des Schwebens, des Bodenverlustes und die damit verbundene depressive Stimmung der verlorenen Realität zu durchbrechen, sind angesichts des Echoraums Internet nicht sehr vielversprechend. Wie kommt es, dass wir uns heute eher das Ende der Welt vorstellen können als das Ende des Kapitalismus? Wie der Zukunftsmüdigkeit und Resignation entgegentreten? Wie eine andere Kultur entwickeln, in der nicht bloss der «kapitalistische Realismus» als tief greifende und omnipräsente Atmosphäre regiert? Einer, der es versuchte, war der britische Kulturphilosoph Mark Fisher, der sich gegen die «Privatisierung» beziehungsweise Individualisierung seiner Depression wehrte. Allerdings erfolglos. Seine von ihm selbst und auch für sich erstellte Diagnose lautete: Der Kapitalismus vermochte im Zeichen von Neokonservativismus und Neoliberalismus in einer Art marktradikalen Stalinismus psychische Abweichungen von der Norm bar jeder Solidarität zu individualisieren. Psychische Krankheiten werden zu gesellschaftlich unbeeinflussbaren Naturphänomenen wie das Wetter.

Während psychische Leiden in den 1970er-Jahren teilweise gemeinsam wahrgenommen und entsprechend unter seinesgleichen auch aktiv, d. h. politisch, verarbeitet werden konnten, sind sie heute das Problem des Einzelnen. Fisher: «In den 1960er und 1970er Jahren trafen in der Auseinandersetzung mit extremen Geisteszuständen wie Schizophrenie radikale Theorie und Politik aufeinander (R. D. Laing, Michel Foucault, Gilles Deleuze, Félix Guattari etc.). Argumentiert wurde, dass zum Beispiel der Wahnsinn keine natürliche, sondern eine politische Kategorie ist. Heute wäre es aber notwendig, viel gewöhnlichere und alltäglichere psychische Störungen zu politisieren – gerade weil sie so alltäglich und gewöhnlich sind.»[1] Dabei nimmt der Trend hin zum «Tod durch Verzweiflung» zumindest in den USA zu – so eine vor kurzem veröffentlichte Studie.[2] Ist der Sozialstaat ausgebaut, werden psychische Abweichungen im Rahmen der Privatisierung zu einer potenziellen Gewinnquelle und deren individuelle Lösung entsprechend vermarktet.

Der Selbstmord ist Ausdruck des «kapitalistischen Realismus» und der tiefer liegenden historischen Verschiebungen. Kapitalistisch realistisch ist die Zeit, weil sie keine Zukunft hat und entsprechend auch keine Vergangenheit, an der sich die Zukunft messen lässt. Trotzdem wuchern im Hintergrund die Gespenster der Vergangenheit, die Sehnsüchte der Vergangenheit oder was aus heutiger Sicht in die Vergangenheit hineinproji-

ziert wurde und werden zu bedrohlichen Menetekeln. «Das Gespenst des Marxismus» – wie es Derrida nannte –, das Geheimnis kollektiver Lösungen, erhält als nie eingelöstes Versprechen so eine beinahe religiös-magische Konnotation. Ausgehend von diesen Annahmen analysierte Fisher die Kunst- und Musikszene. Dass dies ein Engländer tat, ist bezeichnend. In England waren die ArbeiterInnenmilieus kulturell homogener und ermöglichten so auch eine eigenständigere Entwicklung. Dadurch fand eine starke Prägung der Heranwachsenden durch ihr Herkunftsmilieu statt. Es ist dieses Milieu, in dem epochale kreative musikalische Impulse – wie beispielsweise die Beatles – sich entwickeln konnten. Ein Teil dieser Gruppen wurde durch den Kapitalismus vereinnahmt, andere behielten ihre Eigenständigkeit.

So blieb die widersprüchliche Sehnsucht nach diesem als Folge des Thatcherismus untergegangenen Atlantis. Und die Auseinandersetzung mit den Siebzigern, in denen vieles möglich war und die kulturellen Milieus teilweise intakt waren, wird zu einem wichtigen Referenzpunkt bei der Bestimmung des heutigen Zustandes. Die zwiespältige Orientierung am Vergangenen wird umso wichtiger, da sich die Zeit, in der wir leben, in ihren zeitlichen Rahmenbedingungen wie verflüchtigt hat: Suchend nach zeitlichen Orientierungspunkten in der Entwicklung der Popmusik, stellt Fisher fest, dass die Gegenwart unmöglich geworden ist.[3] Gleichzeitig helfen die Vergangenheitsträume politisch nicht mehr weiter. Die Ambivalenz zur Vergangenheit im Gedanken an die Zukunft als ferne Hoffnung eröffnet jedoch Freiräume, in denen die Geister vergangener Zeiten hausen. «Hauntologie» – das zentrale Anliegen Fishers – handelt von diesen Geistern in den Zwischenräumen. Darin lag für ihn eine hoffnungsvolle Alternative zum resignierenden «kapitalistischen Realismus».

Angesichts der Widersprüche müssen neue Formen des Ausdrucks gefunden werden, welche die Vergangenheit in einem emotionalen, aber zugleich auch kritischen Kontext zur Gegenwart stellen. Geschichtsschreibung durch die Materialisierung der vergangenen Töne. Diese Materialisierung erhält in der Musik mit der Reproduktion der Knistergeräusche auf modernen Aufnahmen ihren Ausdruck: «Das Knacken ruft uns in Erinnerung, dass wir eine Zeit hören, die aus den Fugen ist; es durchkreuzt in uns die Illusion der Präsenz.» Dieses Verfahren macht auch die Unheimlichkeit zeitlicher Überlagerungen hörbar: «Hauntologische Musik erkennt implizit an, dass die Hoffnungen, wie sie die elektronische Avantgarde oder die euphorische Dance-Szene der 1990er Jahre befördert hatten, sich verflüchtigt haben – die Zukunft ist nicht nur nicht eingetreten, sondern scheint überhaupt nicht länger möglich. Doch zugleich steht die Musik für die Weigerung, das Verlangen nach der Zukunft aufzugeben. Diese Weigerung verleiht der Melancholie eine politische Dimension, insofern sie es ablehnt, sich mit dem begrenzten Horizont des kapitalistischen Realismus zu beschäftigen.»[4]

Aber wie die nie eingelösten Wünsche und Vorstellungen letztlich als ewige Wiedergänger über uns schweben und uns zu Getriebenen machen, bleibt das untergegangene Atlantis als ein ständiger Widerspruch, an dem es sich abzuarbeiten gilt, bestehen. Gleichzeitig verspricht dieser Zustand immer wieder

Überraschungen, da nie ganz klar ist, wann, wie und ob sich diese Wiedergänger und Untoten plötzlich bemerkbar machen. Und dass sich die allgemeine Verzweiflung der heimat- und orientierungslosen Unterklassen sich nicht im Suizid, sondern in gemeinsamen Handlungen äussern, die auf Veränderung hinzielen. Mark Fisher nahm sich Mitte Januar das Leben, 48-jährig.

Anmerkungen

1 Fisher, Mark, 2013: Kapitalistischer Realismus ohne Alternative? Symptome unserer kulturellen Malaise. Eine Flugschrift. Hamburg, 27.

2 Siehe Winkler, Peter, 2017: In den USA sterben immer mehr Weisse den «Tod durch Verzweiflung». In: Neue Zürcher Zeitung, 24.3. www.nzz.ch/international/sterblichkeit-der-weissen-unterschicht-steigt-weiter-tod-durch-verzweiflung-in-den-usa-ld.153442 (Abfrage 18.4.2017).

3 Fisher, Mark, 2015: Gespenster meines Lebens. Depression, Hauntology und die verlorene Zukunft. Berlin, 141.

4 Ebd., 34.

Hartmut Rosa: **Resonanz.** Eine Soziologie der Weltbeziehung. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (815 S.)

Hartmut Rosa unternimmt in seinem Buch den Versuch, eine Lücke in der kritischen Theoriebildung mit einem systematischen, durchgreifenden Ansatz zu schliessen. Die Lücke bezieht sich auf die Frage nach der «Weltbeziehung», nach dem Verhältnis von Individuum und Gesellschaft. Die Schwierigkeiten bei der Erörterung dieser Frage entstehen, weil der Mensch ein gesellschaftliches Wesen ist und demnach als konkreter Mensch immer auch geprägt ist durch seine Sozialisation und sein gesellschaftliches Sein. Den Menschen *als solchen* gibt es nicht. Gleichwohl gibt es Invarianten des Menschseins, aus denen zum Beispiel auch immer wieder Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung erwächst. Diese Invarianten aber sinnvoll zu erörtern, wo doch das unverfälscht Menschliche nicht fassbar ist, erweist sich immer wieder als hohe Hürde. So haben sich die Exponenten der kritischen Theorie (Frankfurter Schule: Max Horkheimer, Theodor W. Adorno, Herbert Marcuse, Erich Fromm und andere) im Anschluss an die Begründung der Psychoanalyse bereits intensiv mit diesen Fragen auseinandergesetzt. Doch die Ergebnisse sind fragmentarisch geblieben. Sie sind unter anderem geprägt von den traumatischen Erfahrungen des Faschismus sowie des Stalinismus und münden oft in eine pessimistische Weltsicht. Entweder wird der Mensch als derart manipulierbar verstanden, dass er in der Gesellschaft «verschwindet» – und die Hoffnung schwindet, dass er je zum Subjekt seiner Geschichte werden könnte. Oder aber er wird individualistisch gelesen, wobei die Lebenseinstellung des Einzelnen ins Zentrum rückt und historische Verhältnisse verblassen.

Die Lücke bleibt. Manche Linke behelfen sich nun damit, die Beschäftigung mit dem Weltverhältnis des Menschen für irrelevant zu erklären. Es gelte halt einfach, die Gesellschaften zu verändern – Punkt. Doch wer sich politisch links engagiert, muss normativ Stellung beziehen. Normen aber beziehen sich zwangsläufig auf eine Vorstellung dessen, was die Welt ist, was ein Mensch ist

und wie seine Weltbeziehung erfolgreich gestaltet werden kann. Kurz: was den Menschen «guttut».

Rosa gelingt es in seinem Werk, das Normative mit dem Analytischen zu verbinden: Was dem Menschen guttut wird hergeleitet aus einem Verständnis dessen, wie der Mensch in der Welt ist. Rosa verschiebt zu diesem Zweck die Blickrichtung auf das Beziehungsgeschehen zwischen dem Individuum und seiner jeweiligen Welt, er entwickelt ein argumentatives und begriffliches Instrumentarium, mit dem die Dynamik dieses Geschehens diskutierbar wird. Im Folgenden seien einige von Rosas Argumenten in knappen Worten nachgezeichnet.

Menschen werden mit ihrer Geburt in eine «harte Welt» geworfen, der sie weitgehend schutzlos ausgeliefert sind. Sie sind existenziell darauf angewiesen, dass sie gehört werden und dass diese Welt auf ihre Bedürfnisse antwortet. Sie müssen unterscheiden können, was und wer ihnen guttut oder Schaden zufügt, lange bevor sie in der Lage sind, die Welt kognitiv zu strukturieren und zu analysieren. Die Welt kann dabei stumm bleiben und das Kleinkind ignorieren; sie kann das Kind auch zurückweisen und bedrohen; oder aber sie antwortet dem Kind, geht auf seine Bedürfnisse ein, kommt in ein Resonanzgeschehen. Dabei geht es um weit mehr als um Nahrung. Kinder sind existenziell auf ein Wechselspiel von Berührungen, Blicken, Worten, Gesten angewiesen, um leben und gedeihen zu können. Entsprechend entwickeln Menschen ein genaues Sensorium dafür, ob sie Resonanz finden und in der Welt willkommen sind oder eben nicht. Regelmässige Resonanzerfahrungen sind gemäss Rosa die existenziell notwendige Versicherung dafür, leben zu können und zu dürfen. Sie kontrastieren die unausweichlichen und auch notwendigen Erfahrungen einer stummen oder einer zurückweisenden, «repulsiven» Welt, wie Rosa sie nennt. Die vielleicht grösste Angst der Menschen ist jene vor einer völlig stummen Welt. Mit Zurückweisung, also mit einer repulsiven Welt kann man sich auseinandersetzen, in einer stummen Welt hingegen stirbt man ab. Deshalb ist eine der wirksamsten Methoden des Mobbings die systematische Nichtbeachtung.

Aus dieser Sicht mag es nun erstaunen, dass Rosa unter Resonanz einen Beziehungsmodus versteht, der neutral ist gegenüber Inhalten und Gefühlsqualitäten. Resonanz entsteht auch im Wechselspiel mit Verzweiflung, Trauer, Wut, keineswegs nur in Harmonie und Liebe. Beispielsweise kann ich mit der Trauer eines anderen Menschen mitschwingen, sie kann mich tief berühren – eine Erfahrung, die keineswegs negativ ist, sondern in der Lebendigkeit zum Ausdruck kommt. Gleichwohl wird damit auch deutlich, dass ein resonanter Dauerzustand wohl unerträglich wäre.

Wichtig ist, Resonanz nicht mit einem blossen Echo zu verwechseln, das etwa auch im Spiel von Provokation und Gegenprovokation, von Gewalt und Gegengewalt auftritt, also auf der Basis von Zurückweisungen. Resonanz wird von Rosa auch klar unterschieden vom reinen Mitschwingen ohne eigene Stimme, das zu totalitärer Vereinnahmung, zur Preisgabe des Eigenen, zur Resonanzkatastrophe neigt, d.h. zu einem Aufschwingen bis zur Zerstörung.

Resonanz geht demnach mit einer lebensbejahenden Qualität einher. Sie entsteht in der Zustimmung zum Eige-

nen und zum Anderen. Für die Resonanz ist deshalb konstitutiv, dass sie nicht machbar ist, sondern spontan entsteht und letztlich unverfügbar bleibt. Die Angst vor Resonanzverlust kann denn auch dazu verleiten, sich Resonanz um jeden Preis sichern zu wollen und gerade dadurch die Grundlage der Resonanz zu zerstören.

Resonanz bezeichnet den Gegensatz zur Entfremdung, zu der laut Rosa ein tragfähiger Gegenbegriff bisher gefehlt hat. Entfremdung meint bei Rosa demnach die lang dauernde Abwesenheit von Resonanz. Als Beispiel sei eine besonders trügerische Entfremdungserfahrung aufgeführt: Die Resonanzsimulation, d.h. das (oftmals ritualisierte) Vortäuschen von Resonanz, etwa beim Abschiedsapéro eines «lieben Arbeitskollegen», der in Wirklichkeit weitherum verhasst war, oder an einem Weihnachtsessen, an dem alle Beteiligten «intakte Familie» spielen. Resonanz und Entfremdung sind allerdings nicht starre Gegensätze. Im guten Fall entsteht gerade aus dem Wechselspiel von Resonanz und Entfremdung Bewegung und Lebendigkeit. Resonanz ermöglicht Anverwandlung von Welt, dank ihr kann sich der Mensch in Verbindung mit einem Weltausschnitt verändern und wandeln. Diese resonante Beziehung steht im Gegensatz zur stummen Aneignung von Welt, zu der ich in einem rein instrumentellen Verhältnis stehe.

Ein gelingendes Leben ist zweifellos von Resonanzerfahrungen getragen. Eine ausschliesslich positiv resonante Welt kann es jedoch nicht geben. Resonanzerfahrungen können auch in einer Welt tragfähig werden, die erfüllt ist von sachlichen, nüchternen oder auch feindlichen Beziehungen.

Rosa entfaltet sein Konzept der Resonanz mit weiteren Begriffen wie Resonanzachsen und Resonanzsphären. Insgesamt gelingt ihm damit meines Erachtens die Bereitstellung eines Instrumentariums, mit der die eingangs erwähnte Lücke diskutierend erschlossen werden kann. Entsprechend wird nun auch eine kritische Untersuchung konkreter gesellschaftlicher Resonanzverhältnisse möglich und sinnvoll. In seiner Kritik der gegenwärtigen Resonanzverhältnisse knüpft Rosa an sein früheres Werk *Beschleunigung. Die Veränderung der Zeitstrukturen in der Moderne* (2005) an. Darin charakterisiert er die Moderne als gleichzeitig a) nur dynamisch stabilisierbar und b) auf ständige Vergrösserung der (individuellen und gesellschaftlichen) Weltreichweiten ausgerichtet; a) meint insbesondere den Kapitalismus, der sich nur in ständigem Wachstum stabilisieren kann, b) unter anderem die Wissenschaft, die danach trachtet, immer tiefer in alle Sphären der Welt einzudringen. Beide Entwicklungen zusammen erzwingen einen Modus permanenter Steigerung. Entsprechend müssen die Individuen immer mehr Ressourcen akquirieren, um bestehen zu können («lebenslanges Lernen»). Sie befinden sich in einem Dauerzustand einer instrumentellen Weltaneignung und des möglichst raschen Erledigens von Aufgaben. Im neuen Werk verknüpft Rosa diese Kritik mit dem Resonanz-Ansatz. Potenzielle resonante Verhältnisse geraten in der Moderne immer mehr unter (Zeit-)Druck. Die Welt verstummt auch da, wo sie mitschwingen könnte. Dies erzeugt einen kompensatorischen Sog nach Resonanzerfahrungen, eine Kultur der Resonanzsehnsucht. Es konstituieren sich

Sonderzonen der Resonanz*erwartung:* die Familie, die Kultur, der Sport, die Natur. In diesen Oasen werden Resonanzerfahrungen sehnlich erhofft – inmitten einer Welt der Konkurrenz, der Kälte und der Rückweisung. Der Überhang an Resonanzerwartungen, der Kommerzialisierungsdruck und bürokratische Institutionalisierungen bedrohen jedoch die Möglichkeiten für Resonanz auch in diesen Sphären. Burnouts und Depressionen sind die Folge, ebenso wie eine scheinbar unerklärbare Sehnsucht nach Katastrophen – alles ist besser als die Aufrechterhaltung eines Alltags, in dem wir psychisch verdursten.

In den Begriffen von Hartmut Rosa strebt emanzipatorische Politik danach, allen Menschen ein Gewebe an Resonanzerfahrungen verfügbar zu machen, wobei es gerade nicht um Gleichschaltung, sondern um Vielstimmigkeit geht. Im Gegensatz dazu sind in der neoliberalen Programmatik ausschliesslich stumme Nutzenbeziehungen vorgesehen, die in einem unablässigen Steigerungslauf immer weiter ausgedehnt werden müssen. In ihr wird Resonanz als schwärmerische Romantik in private Refugien abgedrängt, die dabei hoffnungslos überfrachtet werden. Rechte, nationalistische oder rassistische Politiken wiederum streben danach, die Unerbittlichkeit kapitalistischer Konkurrenz durch ein Gleichschwingen, durch «Konsonanz» in einem einigen und reinen Volk zu kompensieren.

Interessant wäre, auch Verlauf und Formen sozialer Kämpfe resonanzkritisch zu reflektieren. Erstaunlicherweise macht Rosa dies nicht zum Thema. Hier kann und muss mit Rosa über Rosa hinausgedacht werden. Diese Leerstelle tut aber der Lektüre seines Buches keinen Abbruch. Das Buch ist flüssig und verständlich geschrieben, es bietet der Leserin, dem Leser überdies eine Fülle von Anregungen, um auch über die Qualitäten der eigenen Weltbeziehung nachzudenken. Gründe genug, sich auch vom grossen Umfang des Werks nicht abschrecken zu lassen.

Beat Ringger

Oliver Nachtwey: **Die Abstiegsgesellschaft.** Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne. Suhrkamp Verlag, Berlin 2016 (264 S.)

Oliver Nachtwey gliedert sein Buch über *Die Abstiegsgesellschaft* in eine historischen Abfolge: Die «Soziale Moderne» (Kapitel 1) führt über einen «Kapitalismus (fast) ohne Wachstum» (2) zur «Regressiven Modernisierung» (3). Was folgt, ist ein «Sozialer Abstieg» (4) und «Das Aufbegehren» (5). Als Fallbeispiel dient ihm die Bundesrepublik Deutschland. Die zentrale These von Nachtwey lautet: Die Gesellschaft des sozialen Aufstiegs und der Integration verkehrt sich in eine Gesellschaft des sozialen Abstiegs, der Prekarität und Polarisierung. In der Einleitung geht er deshalb von der kollektiven Angst vor dem sozialen Abstieg aus, die die heutige Zeit prägt. In Europa ist die Arbeitslosigkeit auf Rekordniveau. Zwar weist die Bundesrepublik im Jahr 2016 den höchsten Beschäftigungsgrad Europas auf, doch auch sie ist Teil der Krise, so Nachtwey. Das deutsche Wirtschaftswunder erweist sich als Fassade, hinter der sich die soziale Ungleichheit und der Niedriglohnsektor ausweiten.

Die «soziale Moderne» (1) umfasst die Blütezeit der Bundesrepublik. In der Nachkriegszeit gedeiht der Sozialstaat, auch ungelernte Arbeitskräfte können aufsteigen, die Vollbeschäftigung «herrscht nahezu». Zwischen 1950 und 1989 nimmt das Volkseinkommen pro Kopf dreizehnmal mehr zu als in den fünfzig Jahren zuvor. Die Massenproduktion ermöglicht Massenkonsum, Klassenschranken senken sich und proletarische Lebensweisen nähern sich (mental) denjenigen von Angestellten an. Staatsbürgerliche Rechte entfalten sich, so etwa die Rede-, Gedanken und Glaubensfreiheit, ebenso die freie Berufswahl. Jedoch: Die kollektiven Erfolge bringen gegenläufig auch individualisierte Handlungsweisen mit sich, der ausgebaute Interventionsstaat verstärkt zudem bürokratische und soziale Kontrollen. Doch vor allem: Die Klassen lösen sich nicht auf. Und Frauen arbeiten in immer weniger geschützten Berufen und Teilzeitstellen.

Ein «Kapitalismus (fast) ohne Wachstum» (2) folgt auf die (relativ) «Goldenen Jahre» der Nachkriegszeit. Der Wechsel vom Fordismus zum Postfordismus vollzieht sich sukzessive, bis Ende der Siebzigerjahre weiten sich einzelne sozialstaatliche Leistungen noch aus. Aber die Wachstumsraten sinken schon vorher, wie Nachtwey anhand von empirischen Studien aufzeigt. Ein allmählicher Niedergang westlicher Ökonomien deutet sich an. Finanzmärkte werden deregulliert und avancieren zu neuen Zentralagenturen der ökonomischen Macht. Sie gewinnen gegenüber Nationalstaaten an Gewicht und Handlungsspielräumen. Gleichzeitig lösen sich Kulturen der Langfristigkeit auf, produktive Investitionen gehen zurück. Das Denken in Geldwerten (Shareholder-Value) prekarisiert weite Bereiche der Arbeit und kolonisiert Lebenswelten. Laut Oliver Nachtwey sind es allerdings hauptsächlich sinkende Profite in der Realwirtschaft, die den übermarchenden Finanzkapitalismus vorantreiben. Da bei wiederkehrenden Krisen viele Staaten Banken retten, mit Konjunkturprogrammen die Wirtschaft stützen und sich verschulden, erweisen sich Krisen als neue Chance des Neoliberalismus, der das demokratische Verständnis einer Moderne unterläuft, die sich an Vernunft und Wohlstand für alle orientiert. Statt einer ökologischen Variante des Postwachstums setzen sich Banken und Hedgefonds wieder verstärkt durch. Obwohl viele Löhne mit der Produktivität nicht Schritt halten, bleibt die soziale Frage marginalisiert.

Interne Widersprüche zwischen Kapitalismus und Demokratie prägen die «regressive Modernisierung» (3). Die Moderne steht für Aufklärung, Vernunft und Demokratie, die wiederum eng mit Wohlstand verknüpft ist. Seit den 1990er-Jahren zeigt sich jedoch, wie sich wirtschaftliches Wachstum fortsetzen kann, indem es sich von sozialen Errungenschaften verabschiedet, die ökonomische Ressourcen binden. Oliver Nachtwey sieht eine heimliche Komplizenschaft von Demokratie und Neoliberalismus unter anderem darin, dass führende politische Kräfte die kurzfristige Kapitalverwertung unterstützen. Sie akzeptieren den Wettbewerb und die Aufsicht des Marktes über den Staat als moderne Form der Gouvernementalität. Ebenso bieten sie Hand dazu, öffentliche Güter und öffentlich-rechtliche Unternehmen zu privatisieren. Während der rot-grünen Koalition (1998–2005) etwa leitet Bundeskanzler Gerhard Schröder mit der Agenda 2010 erhebliche Kürzun-

gen der Sozialleistungen ein. Doch damit höhlt die regressive Modernisierung kollektive Sicherheiten aus und stellt das liberale Leistungsprinzip infrage. Die Kultur des Erfolgs will effizient sein, nicht gerecht.

Der «soziale Abstieg» (4) kommt laut Nachtwey zunächst auf eher leisen Sohlen daher. Er bewegt sich im Schatten des sozialen Aufstiegs und mündet in eine erneuerte Klassengesellschaft. Trotz enormer Anstrengungen kommen Erwerbstätige auf keinen grünen Zweig. Vom sozialen Abstieg betroffen sind immer mehr Personen mit mittleren Einkommen. Insbesondere Frauen, die Teilzeit erwerbstätig sind, müssen sich oft mit tiefen Löhnen begnügen, die das Haushaltseinkommen kaum sichern. Dafür benutzt Oliver Nachtwey das Bild der Rolltreppe: Wohlhabende können sich auf der oberen Etage umsehen und noch höher fahren, für die meisten anderen Menschen jedoch hat sich die Richtung geändert. Die Rolltreppe führt nach unten. Wer angestrengt aufwärtseilt, kann bestenfalls die Position auf der Rolltreppe halten. Aber die permanente Rastlosigkeit erschöpft und verunsichert. Der Selbstvorwurf, es nicht geschafft zu haben, verstärkt Gefühle der Anomie. Als vermeintlicher Ausweg dient die Konformität, die die heterogenen Klassen der Abgestiegenen jedoch nur noch mehr isoliert.

Spätestens seit der Wirtschaftskrise von 2007 reagieren Bürgerinnen und Bürger mit «Aufbegehren» (5) auf die erlebte (wechselseitige) Entfremdung. Beispiele dafür sind die Occupy-Bewegung, die Indignad@s und Podemos in Spanien, Syriza in Griechenland. Die soziale Frage kehrt zwar vielerorts zurück – steht nun aber unter den Bedingungen der Individualisierung und neuer Unübersichtlichkeiten. Instabile soziale Lagen lassen Apathie und soziale Abgrenzung aufkommen, populistische Haltungen nehmen Ängste vor dem Abstieg und dem «Fremden» auf. Junge protestieren gegen mangelnde Aufstiegsperspektiven, Ältere gegen das Entwerten ihres gesellschaftlichen Status, gegen Renten- und Lohnkürzungen. Emanzipatorische Bewegungen suchen neue demokratische Praxen, doch es gelingt der traditionellen Linken kaum, die Unzufriedenheit aufzugreifen und autoritären Gefahren wirksam zu begegnen.

Oliver Nachtwey beschreibt, wie die Abstiegsgesellschaft in eine neue Klassengesellschaft führt. Die Oberklasse lebt abgeschottet in einer ständischen Welt und «die Mittelklasse koproduziert sich durch die zunehmende Praxis sozialer Schliessungen und kultureller Distinktionen» (S. 169). Und: «Die Melange aus sozialstaatlicher Kontrolle und Disziplinierung, prekären Jobs oder Sozialleistungen konstruiert eine neue Unterklasse.» (Ebd.) Dies lässt nur wenige Aufstiege zu. Die Klassengesellschaft ist vielschichtig, fragmentiert und komplex, Widersprüche und gegenläufige Entwicklungen kennzeichnen sie. Paradoxien äussern sich auch in Nachtweys stimmiger Formel der regressiven Modernisierung, die nicht linear, sondern dynamisch verläuft, wie er darlegt. Sein «von der Kritischen Theorie beeinflusster Zugang» (S. 74) erhellt keine mechanischen Abfolgen, sondern dynamische Prozesse mit Kontinuitäten und Brüchen. So haben die Prozesse des Auf- und Abstiegs oder der (Des-)Integration kein Anfang und Ende. Und doch wagt Nachtwey eine historische Verortung. Wenn er sich den jeweiligen Prozessen

der (De-)Stabilisierung annähert, schärft er auch den Blick für feine Unterschiede in wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Sphären. So entsteht ein differenziertes Bild mit markanten Konturen. Das imponiert mir und regt dazu an, die eigene Sicht eines Paradigmenwechsels zu fundieren, der akzentuiert, wie ein finanzgetriebener Kapitalismus den politischen Liberalismus überlagert. Spannend sind auch Oliver Nachtweys Ausführungen zum Aufbegehren, die aufzeigen, wie neue soziale Bewegungen und Proteste an gestandenen Parteien vorbei agieren. Sie fordern die traditionelle Linke heraus, demokratisch und volksnah, aber – aus meiner Sicht – nicht populistisch zu politisieren. Dabei hilft es, sich einfach und verständlich auszudrücken, wie Oliver Nachtwey das in seiner eindrücklichen Studie tut. Ich freue mich, dass er an der Universität Basel die Soziologieprofessur für Sozialstrukturanalysen übernimmt und als interessanter Gesprächspartner in die Schweiz kommt.

Ueli Mäder

Tagungsbericht: **Kongress Reclaim Democracy**

Das Denknetz hatte sich sehr viel vorgenommen: Fünfzig Ateliers und vier Plenarveranstaltungen an bloss drei Kongresstagen, und das alles unter dem ambitionierten Titel «Reclaim Democracy». Eine versammelte Linke sollte sich vom 2. bis 4. Februar 2017 in Basel also aufmachen, nicht weniger als die Demokratie zurückzuerobern. Dem Ruf des Denknetzes folgten über drei Tage verteilt eindrückliche 1800 BesucherInnen. Nicht nur durch ihre Anwesenheit, sondern vor allem durch ihr aktives Mitwirken machten sie den Anlass zu einem ermutigenden Erlebnis.

Es war wohl nicht zuletzt die politische Aktualität, die den Kongress zum Publikumsmagnet werden liess. Die rasante Erosion des Rechtsstaats in der Türkei, spriessende rechtsautoritäre Strömungen in ganz Europa, die institutionelle Krise der EU, der Amtsantritt der neuen US-Regierung: Der demokratische Fortschritt, den man zuvor über Jahre leichtfertig als Selbstverständlichkeit hingenommen hatte, scheint derzeit vielerorts ins Stocken geraten zu sein. Diese wahrnehmbare Krise der Demokratie gab dem Kongress zwar eine alarmierende Dringlichkeit, doch bot sie nur vordergründig Anlass für dessen eigentliche Kernfragen. Denn Reclaim Democracy war als weit tiefer greifendes Unterfangen angedacht. Als Diskussionsangebot nämlich, um einen Beitrag zu einem «substanziellen» Demokratieverständnis zu leisten, das sich im weitesten Sinne emanzipatorisch entfalten soll. Ziel waren robuste Denkansätze für eine Demokratie, die sich gegen nationalistisch ausgrenzende Konstruktionen von «Volkswillen» zu behaupten und sich gleichzeitig dem Diktat von Markt- und Wachstumslogiken zu entziehen vermag.

Dutzende Ateliers widmeten sich beinahe dem gesamten Spektrum an Themen, zu denen linke Anliegen und Forderungen bestehen: Von institutionellen, ökonomischen und sozialen über ökologische bis hin zu identitäts-, migrations- oder auch medienpolitischen Fragen wurde eine riesige Fülle an Einzelaspekten behandelt. Das umfassende Programm liess vorab durchaus Zweifel am

konstruktiven Potenzial dieser Veranstaltung aufkommen; nicht nur KongressbesucherInnen, sondern wohl auch die VeranstalterInnen selbst dürften leise befürchtet haben, dass sich der erhoffte Diskurs in unzähligen Kleinstdebatten verzetteln und der Anlass letztlich in einer statischen innerlinken Selbstvergewisserung münden könnte. Tatsächlich verliefen die lebhaften Diskussionen in den Ateliers denn auch nicht immer zielführend und zuweilen bewegten sich die Argumentationen auf ausgetretenen Pfaden. Trotzdem war es letztlich genau diese grosse Themenvielfalt, die sich als entscheidender Mehrwert von Reclaim Democracy herauskristallisierte: Denn anstatt isoliert voneinander stattzufinden, wurden die jeweiligen Diskurse von den TeilnehmerInnen von Raum zu Raum weitergetragen und in frischen Zusammenhängen neu eingebracht.

So zeigte dieser Kongress eindrücklich auf, wie lohnenswert es für die Linke sein kann, ihre Themen entlang von Fragen an die Demokratie zu verhandeln. Die Demokratie fungierte als roter Faden, der die zahlreichen Kämpfe der Gegenwart gegenseitig in Beziehung zu setzen vermochte – und deren Untrennbarkeit unmissverständlich aufzeigte. Damit leistete Reclaim Democracy einen wichtigen Beitrag zur Schaffung einer zeitgemässen und vor allem ganzheitlichen linken Perspektive auf aktuelle Herausforderungen: einer Perspektive, die den Themenkomplexen Klimawandel, soziale Ungleichheit und strukturelle Diskriminierung eine gleichwertige Bedeutung zumisst. Angesichts einer vielerorts kriselnden und orientierungslosen parlamentarischen Linken, die sich zuweilen neoliberalen und nationalistischen Deutungsmustern in den Schoss wirft, ist eine solche Betrachtungsweise derzeit dringend nötig.

In diesem Zusammenhang macht eine Berufung auf die Demokratie vor allem dann Sinn, wenn diese zunächst einmal losgelöst von Institutionen und staatspolitischen Ausformungen als Prinzip der Entscheidungsfindung gedacht wird, das grundsätzlich zum Ziel hat, sämtliche von einer Entscheidung betroffenen Individuen und Gruppen in diese miteinzubeziehen. Dabei macht ein kritischer Blick auf die real existierenden Demokratien der Neuzeit grosse Defizite erkennbar, angefangen beim eurozentristischen Selbstbild privilegierter westlicher Gesellschaften. Hier waren in vielen demokratischen Verfassungen über lange Zeit Besitz(losigkeit), Hautfarbe oder (weibliches) Geschlecht als Ausschlusskriterien für das Recht auf Mitbestimmung verankert. Und seit jeher weiten die demokratisch legitimierten Regierungen reicher Staaten ihr Einflussgebiet auf wirtschaftlich schwächer gestellte Regionen aus, in denen sie niemand gewählt hat. Insbesondere direktdemokratisch gefällte Entscheide der Schweiz betreffen viele Menschen ohne deren Mitsprache unmittelbar, etwa wenn Steuerprivilegien für internationale Unternehmen, Rüstungsexporte oder Agrarsubventionen an der Urne abgesegnet werden. Das macht deutlich, dass sich eine verlässliche Linke gerade im herrschenden Gegenwind davor hüten sollte, «Demokratie» als diffusen Allgemeinplatz zu verklären, der in seiner bestehenden Form die eigenen Versprechen einlösen könnte. Entgegen bürgerlicher Selbstgerechtigkeit muss eine mutige Linke demokratische Grundsätze stattdessen weiterdenken und auf vieler-

lei Ebenen konsequent einfordern. Zum Beispiel, oder zuallererst, in der Wirtschaft.

Ein Bekenntnis zu demokratischen Prinzipien bedeutet für die Linke gleichzeitig aber auch, dass sie eine eigene, anschlussfähig formulierte Erzählung braucht, die sich den derzeit dominierenden bürgerlichen und rechten Narrativen zu widersetzen vermag. Zumindest in der Problemstellung war man sich am Kongress weitgehend einig: Der Linken bleibt nicht viel Zeit, um breiten Rückhalt für ihr eigenes Demokratieverständnis zu gewinnen. Wenn nämlich Ungleichverteilung und Klimawandel weiterhin im selben Tempo vorangetrieben werden, sind weltweit immer grössere Konflikte unabwendbar, genauso wie der hiesige Drang zu Ausschluss und Abschottung. Der zweite Teil einer linken Erzählung bestünde nun im konstruktiven Blick nach vorne, und auch hier liessen die Diskussionen an den drei Kongresstagen in mehreren Punkten einen gewissen Konsens erahnen. So war zum einen etwa das Bekenntnis zu einem kompromisslosen Internationalismus spürbar, ohne den in einer wirtschaftlich globalisierten Welt keine glaubwürdige Haltung möglich ist. Und zum anderen die Einsicht, dass die Linke ohne dezidierte Kapitalismuskritik nicht eigenständig und sinnstiftend politisieren kann. Denn viele ihrer Kämpfe wurden mittlerweile von wirtschaftsliberaler Seite kooptiert und in einer eindimensionalen Konsumlogik verwässert: So überbieten sich Grosskonzerne heute im Greenwashing, rühmen ihre Frauenquoten, propagieren die Anstellung von Menschen mit Migrationshintergrund, sprechen sich werbewirksam aus für LGBTQ-Rechte (Lesben, Schwule, Bisexuelle, Transgender, Queer). Da liegt es an der Linken, die Kurzsichtigkeit wirtschaftsliberaler Konzepte wie Gleichberechtigung oder Nachhaltigkeit zu entlarven und wieder vermehrt die strukturellen Mechanismen zu bekämpfen, die einen tief greifenden Wandel in einer kapitalistischen Gesellschaftsordnung verunmöglichen.

So war der Titel dieses Kongresses letztlich eigentlich irreführend: Zwar tat das strassenkämpferische «Reclaim Democracy» durch seinen romantischen Anklang durchaus seinen rhetorischen Dienst und am Ende war aus den erschöpften Gesichtern vieler BesucherInnen sogar ein gutes Mass an Aufbruchsstimmung zu lesen. Doch der Titel suggerierte eben auch, dass sich der Kampf für ein «substanzielles» Demokratieverständnis auf einen früheren, mittlerweile verflogenen Zustand berufen kann. Aber was noch nie war, lässt sich nicht zurückerobern. Gerade dieser Kongress machte deutlich, dass «Demokratie» zuerst einmal als diskursiver Fluchtpunkt dienen kann, an dem sich eine konstruktive Linke kontinuierlich abzurackern hat. Zurückerobern lässt sich hingegen das Selbstvertrauen, dass sich dadurch wirkungsvolle Impulse setzen lassen. Und genau hierfür bot Reclaim Democracy eine äusserst vielversprechende, tragfähige Plattform.

Raphael Albisser

Tagungsbericht: **Keine Demokratie ohne Medienvielfalt.** Zum Atelier Linke Medienoffensive am Kongress Reclaim Democracy

Der Workshop zur «Linken Medienoffensive» hatte seinen berechtigten Platz am Kongress «Reclaim Democracy», der vom 2. bis 4. Februar 2017 stattfand. Das bewies nicht nur der überfüllte Seminarraum im Kollegiengebäude der Universität Basel. Das zeigen auch aktuelle politische Geschehnisse auf eindrückliche und brutale Weise: Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan demonstriert gerade, wie eine Demokratie ausgehöhlt werden kann, indem kritische Medienschaffende unschädlich gemacht werden. Und unnachgiebige JournalistInnen in den USA führen in Auseinandersetzung mit Donald Trump vor, wie wichtig unabhängige Informationen für das Funktionieren einer Demokratie sind. Keine Demokratie ohne Medienvielfalt.

Der erste Input im Workshop, der von *Widerspruch*-Redaktor Jonas Aebi moderiert wurde, kam passenderweise von Roman Berger, einem ehemaligen USA-Korrespondenten des *Tages-Anzeigers*. Berger beschrieb die US-amerikanischen «Newswüsten»: weite Landstriche zwischen der Ost- und der Westküste, die kaum mehr von professionellem Journalismus erreicht werden. Dieser konzentriert sich, einer kommerziellen Logik folgend, auf die zahlungskräftigen, weltgewandten, tendenziell liberalen BürgerInnen an den Küsten. Den Menschen dazwischen bleibt kaum eine andere Wahl, als sich in ihren Facebook-Blasen zu informieren. In diesen Blasen ist es schwierig, zwischen fundierten, geprüften Nachrichten und Fake-News zu unterscheiden. Die Newswüsten seien denn auch mit ein Grund für die Wahl von Donald Trump zum US-Präsidenten gewesen, so Roman Berger. Newswüsten wie in den USA gibt es in der Schweiz nicht, darüber war man sich in der Diskussion in Basel einig. Noch nicht: Einige Stimmen aus dem Plenum wiesen darauf hin, dass nicht nur die grossen Leitmedien, sondern auch kleinere, linke Medienangebote vor allem von Zürich aus für die Schweiz schreiben.

Doch auch ohne mediale Wüstenregionen stellt sich in der kleinen Schweiz die Frage, wie damit umgegangen werden soll, dass die Medienproduktion vermehrt einer Logik folgt, die den Profit über die Inhalte stellt. Was tun gegen massenmediale Skandalisierung und Vereinfachung? Was tun dagegen, dass die grossen, kommerzialisierten Medienunternehmen immer mehr auf Soft News und Livestreams setzen und dabei die komplexen gesellschaftlichen Zusammenhänge und die herrschenden Machtverhältnisse aus den Augen verlieren?

Bereits der Titel des Ateliers, der einem programmatischen Thesenartikel von Jonas Aebi und Kaspar Surber (siehe *Widerspruch* 67, 151–155) entnommen war, lieferte eine Antwort auf diese Fragen: Es braucht eine «linke Medienoffensive». Es braucht Journalismus, der «für eine gerechte Gesellschaft und damit gegen vorherrschende hegemoniale Deutungen und Machtverhältnisse einsteht», wie es Aebi und Surber formulieren. Doch wie soll eine solche Medienoffensive aussehen? Und was heisst hier überhaupt «Offensive»?

In die Offensive gehen heisst angreifen. Das Militärische, das in diesem Begriff mitklingt, mag irritieren und stellt doch klar: Vorausschauend und ambiti-

oniert müssen sich linke Medienschaffende gegen diejenigen Verleger wehren, die vor lauter Gewinnmaximierung das journalistische Kerngeschäft aus den Augen verlieren. Jenes Kerngeschäft, das für eine Demokratie so essenziell ist. Das «Project R» will sich von diesen Grossverlegern unabhängig machen. Christoph Moser, früher bei der *Schweiz am Sonntag*, stellte im Medienatelier dieses digitale Magazinprojekt vor. Project R will ab 2018 im öffentlichen Diskurs mitmischen, über Politik, Gesellschaft und Kultur berichten und dabei «mitreissend genug [sein], dass die Artikel freiwillig gelesen werden». So steht es auf der Website des Projekts, zu dessen Team auch der ehemalige *Tages-Anzeiger*-Journalist Constantin Seibt gehört. Ein Crowdfunding soll den finanziellen Grundstock legen, das Projekt selbst wird genossenschaftlich organisiert sein, während das Onlinemagazin, wie nun bekannt ist, von einer Aktiengesellschaft getragen wird. Denn nur wenn die LeserInnen bereit seien, für die journalistischen Inhalte – für das Kerngeschäft eben – zu zahlen, könne ein solches Projekt langfristig überleben, ist Moser überzeugt. Dass er auf dem Podium des Ateliers zur «linken Medienoffensive» sass, könnte als Bekenntnis zu linkem, machtkritischem Journalismus verstanden werden. Und doch positioniert sich das Project R, das, wie ebenfalls kürzlich bekannt wurde, als Magazin dereinst *Republik* heissen wird, nicht explizit als links. Vielleicht aus Angst, gewisse LeserInnenkreise – und damit auch Finanzierungsquellen – mit diesem Etikett abzuschrecken?

In die Offensive gehen bedeutet auch, die Reichweite von linken Deutungsmustern und damit von machtkritischen Erklärungsversuchen zu vergrössern. Die *WOZ Die Wochenzeitung* macht es vor: Sie ist das einzige überregionale Printmedium in der Schweiz, dessen Auflage und Reichweite in den letzten Jahren deutlich gewachsen ist. Immer mehr Menschen lesen die WOZ, und das in Zeiten, in denen gedruckte Zeitungen in regelmässigen Abständen todgesagt werden. WOZ-Redaktorin Bettina Dyttrich erzählte im Basler Seminarraum vom Recherchierfonds, der durch Spenden getragen wird und zeitintensive Recherchen ermöglicht. Dyttrich berichtete auch von der genossenschaftlichen Struktur der Zeitung: Die WOZ gehört denjenigen, die sie machen. So ist sie unabhängig von grossen GeldgeberInnen. Dies auch deshalb, weil die Mitarbeitenden zu einem für alle gleich bescheidenen Lohn arbeiten. In der Diskussion wurde deutlich, dass die WOZ als bekanntestes linkes Medium für eine linke Medienoffensive eine wichtige Rolle einnehmen könnte: eine Rolle als Diskussionsplattform, auf der Widersprüche innerhalb der Linken zum Thema gemacht werden können. Aber auch eine Rolle als Vernetzerin, denn: Eine linke Medienoffensive gelingt nur, wenn die verschiedenen kleinen und grossen, gedruckten und elektronischen Medien zusammenspannen. Nur so können diejenigen Inhalte verhandelt werden, die auf einem Konsens für eine gerechte Gesellschaft basieren. Sie können sich ergänzen, multiplizieren und auch einmal widersprechen. Sich nur als Konkurrenz zu verstehen und strikte voneinander abzugrenzen, würde der linken Sache schaden.

Eine Zeitschrift, die die WOZ-Berichterstattung halbjährlich um eine dezidiert feministische Sichtweise ergänzen kann, ist die *RosaRot*. Die «Zeitschrift für feministische Anliegen und

Geschlechterfragen» hat ihren Ursprung an der Universität Zürich und ist auf gutem Weg, sich über die universitären Grenzen hinaus zu etablieren. Dolores Zoé Bertschinger und Léa Burger, die bei der *RosaRot* und beim *Widerspruch* respektive der Zeitschrift *Neue Wege* mit dabei sind (à propos Vernetzung), forderten mit einer eingängigen Plakatpräsentation, dass eine linke Medienoffensive immer auch feministisch sein muss. Die Reichweite zu vergrössern, heisst eben nicht nur, möglichst viele Linke zu erreichen. Es müssen jene mit einbezogen werden, die auch in der Linken allzu oft marginalisiert werden: Frauen, Homosexuelle, Transmenschen, People of Color. Dass manche der Männer im Raum während der über zweistündigen Diskussion nur von «Bürgern» und «Journalisten» sprachen, zeigte gleich vor Ort, wie wichtig Bertschingers und Burgers Forderung ist.

Welche Sprache dient einer linken Medienoffensive? Eine Frage, die sich in der Diskussion in Basel nicht nur aus explizit feministischer Sicht stellte. Wie muss geschrieben, wie gesprochen werden, damit linke Deutungsmuster, die sich dem herrschenden neoliberalen Diskurs entgegenstemmen, allgemein verständlich werden? Es muss möglich sein, die Komplexität der Sprache zu reduzieren, ohne dass dabei die Komplexität der Inhalte auf der Strecke bleibt. Denn: Für möglichst viele verständlich zu sein, bedeutet nicht, diese vielen für dumm zu verkaufen. Es bedeutet, dass wir JournalistInnen uns in das Publikum, das wir erreichen wollen, hineinversetzen. Dazu gehört auch, unsere Schreibgewohnheiten und Begrifflichkeiten stetig zu hinterfragen. Und wir müssen uns aus unserer linken journalistischen «Blase» hinausbegeben, in der Fake-News zwar vielleicht durchschaut werden, die dafür aber grösstenteils von AkademikerInnen bevölkert ist. Damit eine linke Medienoffensive gelingt, müssen wir versuchen, auch diejenigen zu erreichen, für die es nicht sowieso schon selbstverständlich ist, dass der herrschende Diskurs der falsche ist. Nur so kann linker Journalismus einen Unterschied machen für die Demokratie.

Laura Cassani

Bernd Stegemann: **Das Gespenst des Populismus.** Ein Essay zur politischen Dramaturgie. Theater der Zeit, Berlin 2017 (180 S.)

«Herr, die Not ist gross / Die ich rief, die Geister, / Werd' ich nun nicht los.» So klagt Goethes Zauberlehrling. Doch wer hat diese Gespenster beschworen? Woher kommen sie und wie könnten sie gebannt werden? Vom Theaterdramaturgen Bernd Stegemann liegen bisher mit *Kritik des Theaters* (2013) und *Lob des Realismus* (2015) zwei Bücher vor, die sich mit dem Theater auseinandersetzen. In seinem neuesten Buch *Das Gespenst des Populismus* operiert der Dramaturg ebenfalls mit Begriffen des Theaters, richtet sich aber über diesen Fachkreis hinaus an ein akademisches Publikum. Dabei geht er von der These aus, dass der Populismus siegreich sei, «weil das Projekt des Liberalismus in einer tiefen Krise steckt» (S. 7). Stegemann will den Populismus als «Tragödie» begreifen und stellt ihn dazu «als dialektische Bewegung zweier Welten» (S. 10) dar: Der Liberalismus wolle seine Verstrickung mit dem Kapital nicht wahrhaben, der Rechtspopulismus

wiederum reagiere auf die Kluft zwischen liberalen Ideen und gesellschaftlicher Wirklichkeit. Dieser Konflikt sei tragisch, da beide Seiten recht hätten, aber keine gewinnen könne.

Im Gegensatz zu bisherigen Definitionen versucht Stegemann nicht, den Populismus mit inhaltlichen oder formalen Kriterien festzulegen. Stattdessen begreift er diesen relational: Populismus sei ein Verfahren, wie bestimmte Formen und Inhalte zueinander in Beziehung gesetzt werden. In drei Kapiteln untersucht er deshalb die Ausprägungen von rechtem, liberalem und linkem Populismus. Rechter Populismus instrumentalisiert nach Stegemann Emotionen, etabliert eine starre «Wir/Sie-Unterscheidung» (S. 46 u. ö.), legt den Finger auf die gleiche Wunde, wie die Kritik von links es tut, also auf Probleme wie soziale Ungerechtigkeit. Während die Linke aber den Fehler im System sucht, erklärt der rechte Populismus bestimmte soziale Gruppen zum Feindbild. Dass Stegemann von «liberalem Populismus» (S. 37) spricht, scheint auf den ersten Blick nachvollziehbar, gibt es doch einen rechten Populismus, und fordert er einen linken, warum sollte es dann nicht auch einen liberalen Populismus geben? Was er jedoch darunter versteht, ist im Grunde liberale Ideologie *tout court* (Anrufung des Common Sense, Marktlogik, angeblich überparteiliche Vernunft). Stegemann sieht also eine Parallele zwischen liberaler Marktgläubigkeit und rechtspopulistischer Anrufung des Volkswillens. Diese Analogie zwischen liberalem und anderem Populismus gelingt nur teilweise, der Reiz von Stegemanns Darstellung liegt vielmehr darin, dass er das symbiotische Zusammenwirken von rechtem und liberalem Populismus aufzeigt: «Die ungenauen Zuspitzungen, mit denen der rechte Populismus versucht, die Lage zu erklären und die Empörung anzuheizen, üben zwar Kritik an der Ungleichheit, doch kehren sie die falschen Antagonismen hervor und kommen damit zu den falschen politischen Forderungen. Damit helfen sie vor allem der bestehenden Macht, die eben diese offensichtlichen Fehler dankend zur Kenntnis nimmt, um ihren neoliberalen Kurs unbeirrt weiterzuverfolgen. Die liberale Mitte kann sich vordergründig gegen den Nationalismus oder Rassismus des rechten Populismus wehren und erspart sich dadurch, die systemischen Gründe für den Protest anzuerkennen.» (S. 49)

Was tut die Linke angesichts des rechten und des liberalen Populismus? Sie scheue sich davor, selbst populistisch zu sein, weil das nur RassistInnen und NationalistInnen täten. An der linken bzw. (links)liberalen Seite kritisiert Stegemann: «Wenn heute gegen strukturelle Gewalt gekämpft wird, dann nur noch in der symbolischen Ordnung wie etwa im Diskurs der Political Correctness.» (S. 84f.) Stegemann skizziert den parallel verlaufenden Aufstieg des Neoliberalismus und der poststrukturalistischen Theorie an den Universitäten. Nachdem eine sich kritisch dünkende Theorie nachgewiesen hatte, dass Begriffe wie «Nation», «Volk» und «Rasse» bedeutungsleere Signifikanten sind, dekonstruierte sie ebenso Begriffe wie «Klassengesellschaft», «Bourgeoisie» und «Proletariat». Die gesellschaftskritischen Begriffe wurden pulverisiert – oder zumindest glaubt(e) man das. Das Resultat ist, dass man Thatchers Ausspruch «There is no such thing as society» nichts mehr entgegenhalten kann. Die Linke

begnügt sich damit, über Partikularismen zu räsonieren und darüber, wie ein Diskurs möglichst herrschaftsfrei gestaltet werden kann, sodass niemand diskriminiert wird. Stegemann kritisiert dabei nicht die Suche nach diskriminierungsfreier Sprache an sich. Er kritisiert die Entwicklung dieser Theorien, die zur Folge hat, dass man sich auf diese Ebene beschränkt: «Der blinde Fleck der Identitätspolitik ist ihr fehlendes Klassenbewusstsein.» (S. 85) Dazu führt er ein Beispiel aus North Carolina an: Im US-Bundesstaat wird neoliberale Politik erbarmungslos umgesetzt, das Schulsystem kaputtgespart etc. Als ein Gesetzesentwurf vorlag, der unter anderem transidente Menschen bei der Toilettenbenutzung diskriminierte, erfolgte ein medialer Aufschrei. Die «vergleichsweise harmlose Diskriminierung» (S. 88) wurde zurückgenommen. Übersehen hatten die Empörten allerdings weitere Folgen des Gesetzesentwurfs, welche unkritisiert blieben: «Beamten wird das Recht genommen, gegen Diskriminierung zu klagen, lokalen Regierungen wird verboten, Kinderarbeit zu regulieren, und die Einführung des Mindestlohns wird verhindert.» (Ebd.) Stegemann schliesst daraus: «Es ist bei diesem Beispiel nicht schwer, die Kollaboration zwischen der öffentlichen Empörung und dem brutalen Durchsetzen von neoliberalen Gesetzen zu sehen. Betrachtet man die verbreitete Zusammenarbeit im Cultural War, so kann man von einem linken Flügel des Neoliberalismus sprechen.» (Ebd.)

Seit dem Siegeszug des Poststrukturalismus genügen sich die postmodernen Intellektuellen – linke wie (links)liberale – in ihrer Selbstbezüglichkeit. Das sieht Stegemann richtig. Seine Forderungen an die Linke sind dagegen so banal, dass, wer von Hegel, Marx und Adorno in der heutigen Zeit durch einen dummen Zufall doch einmal gehört haben sollte, sich beinahe schämt, sie in ihrer Deutlichkeit zu wiederholen: Die Linke muss wieder ein Klassenbewusstsein erlangen und die kritischen Begriffe zur Analyse des Kapitalismus, der Klassen und der Ideologien zurückgewinnen. Karl Marx sagte: «Das Proletariat ist revolutionär oder es ist nicht.» Bernd Stegemann ergänzt sinngemäss: Die Linke denkt dialektisch und materialistisch oder sie denkt gar nicht. Dabei darf sie keine Angst haben, selbst populistisch zu sein. Denn die Gleichung, dass jeder Populismus rechts ist, ist eine liberale Lesart, dank der alles bequem abgekanzelt werden kann, was der herrschenden Ideologie widersprechen will: «Der linke Populismus müsste sich von diesen beiden Formen dadurch unterscheiden, dass er die intelligenteren Methoden und Argumente des Liberalismus nimmt, sie jedoch nicht als Schutzschild vor den ökonomischen Interessen instrumentalisiert. Zugleich müsste er seine Scheu vor der Durchschlagskraft der rechten Angriffe ablegen.» (S. 132) Die tragische Dialektik erinnert in ihrer Konstruktion, in der alles aufgehen könnte, allzu sehr an Hegel. Das ändert jedoch nichts daran, dass die Linke von Stegemanns Analyse, Kritik und den Vorschlägen viel lernen kann.

Stegemann fordert also einen linken Populismus, der die Klassenfrage ernsthaft wieder aufgreift. Manche Lesende werden sich wohl wünschen, der Autor hätte den Essay über diesen Punkt hinausgeführt und wäre in seinen Forderungen konkreter geworden. Erstens aber ist negative Kritik nicht verpflichtet, positive Vorschläge zu erbringen. Zwei-

tens hat er mit den Begriffen des Klassenbewusstseins und der Klassenfrage die Richtung bereits angedeutet. Es ist für die akademische Linke höchste Zeit, zu begreifen, dass sie sich nicht auf Kämpfe auf der symbolischen Ebene beschränken darf.

Philippe Bernhard Hürbin

Tino Heim (Hg.): **Pegida als Spiegel und Projektionsfläche.** Wechselwirkungen und Abgrenzungen zwischen Pegida, Politik, Medien, Zivilgesellschaft und Sozialwissenschaften. Springer VS, Wiesbaden 2016 (450 S.)

Was am 20. Oktober 2014 in Dresden mit 350 Teilnehmenden unter dem Namen Pegida begann, sollte in den folgenden Monaten eines der meistdiskutierten Themen der Bundesrepublik Deutschland werden. Obwohl die «Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes» selbst zu ihren erfolgreichsten Zeiten maximal 25 000 Demonstrierende mobilisieren konnten, waren sie Gegenstand zahlreicher politischer Kommentare, medialer Berichterstattungen und wissenschaftlicher Diskurse. Pegida war ein Phänomen, das scheinbar aus dem Nichts kam. Doch es waren nicht unterprivilegierte junge Erwachsene, die sich in Anlehnung an die Montagsdemonstrationen in der DDR jeden Montag in Dresden versammelten, sondern gut situierte, meist männliche Erwachsene mittleren Alters. Und da diese aus der «Mitte» der Gesellschaft kämen, so lautete der mediale und politische Grundtenor, müsse man ihre Sorgen ernst nehmen.

Der 2016 von Tino Heim herausgegebene Sammelband *Pegida als Spiegel und Projektionsfläche* stellt sich gegen diese Deutung und gegen das Unvermögen, Pegida in Bezug auf nationale und globale Verhältnisse, Dynamiken und Strukturen korrekt einzuordnen. Die Autorinnen und Autoren des 450 Seiten umfassenden Bandes haben sich vorgenommen, Pegida nicht aus der Perspektive der Teilnehmenden zu erklären, sondern vor dem Hintergrund vielschichtiger gesellschaftlicher Strukturen zu analysieren. Heim sieht sich in der Einleitung zu einer sozialkonstruktivistischen Erörterung verpflichtet, die auf Pierre Bourdieu aufbaut und das Phänomen Pegida weder werturteilsfrei noch beliebig einschätzen möchte, sondern sich der eigenen politischen und gesellschaftlichen Voraussetzungen bewusst ist. Doch dieser Ansatz scheitert leider bereits beim ersten Artikel, «Pegida: Entwicklung einer rechten Bewegung». Bei der Entwicklungsgeschichte von Pegida anzusetzen, sollte eigentlich die nötigen Voraussetzungen bieten, um sich dem Thema eingehend zu widmen. Doch der vom Antifa Recherche Team Dresden verfasste Beitrag ist zu wertend: Da ist beispielsweise von «frustrierten alten Männern» die Rede, die bei Pegida teilnehmen, und ihrem nicht weiter dargelegten «unterkomplexen Weltbild» (S. 39). Die Perspektive des Rechercheteams wird ergänzt durch ein Interview mit Justus H. Ulbricht, Moderator kommunalpolitischer BürgerInnenversammlungen in Sachsen, sowie einen Überblick über den Ansatz der «mobilen Beratung» des Kulturbüros Sachsen von Petra Schickert und Markus Kemper.

Den eigentlichen Kern des Sammelbandes bilden dann die acht wissen-

schaftlichen Aufsätze, die die Komplexität von Pegida im Spannungsfeld zwischen relativ kleiner Bewegung (gemessen an den Zahlen der Teilnehmenden), medialem Stichwortgeber (Talkshows und Zeitungsartikel), politischer Einschliessung und Abgrenzung, ziviligeschaftlicher «Flirts» mit Pegida und grundlegender Kritik der kapitalistischen Gesellschaften. Stefan Fehser widmet sich in seinem Beitrag der These, dass Pegida scheinbar «aus dem Nichts» gekommen sei, und argumentiert, dass die Einstellungen von Pegida – Rassismus, Islamfeindlichkeit, Politikverachtung, Nationalismus usw. – schon länger von grossen Teilen der Bevölkerung geteilt werden. Die eigentliche Neuerung sei vielmehr gewesen, dass Pegida diese Einstellungen politisch aktivieren konnte. Dem Selbstverständnis von Pegida, das «Volk» zu repräsentieren, geht Philipp Knopp in seinem Aufsatz auf den Grund, indem er diskursanalytisch die Reden Pegidas erschliesst. Er macht deutlich, dass Pegida selbst geschickt mit Mechanismen der Ein- und Ausschliessung arbeitet, indem sie die Ursachen für innerstaatliche Notstände wie Arbeitslosigkeit oder Altersarmut auf das «Fremde» verschiebt und so Identitäten (das «Volk» und die «Anderen») konstruiert. Diese Art der Exklusion ist nicht neu, wurde durch Pegida jedoch radikalisiert. Francesca Barp und Hannah Eitel kritisieren die Annahme, dass Pegida grösstenteils aus einer «friedlichen Mitte» bestehe und nur wenige «extremistische» Teilnehmende anziehe. Diese Darstellung wurde besonders von PolitikerInnen kolportiert, die postulierten, man müsse die «Ängste der Menschen ernstnehmen». Die Erfassung von Pegida durch diese «Extremismustheorie», so die Autorinnen, diene lediglich dazu, rassistische und nationalistische Inhalte gesellschaftsfähig zu machen. Pegida konnte sich ausserhalb von Dresden bzw. Sachsen nie wirklich etablieren.

Maria Steinhaus, Tino Heim und Anja Weber stellen das spezifisch «sächsische» von Pegida heraus und finden eine Erklärung in der ambivalenten Regierungsweise der seit der Wende von der Christlich Demokratischen Union (CDU) geführten Landesregierung, aber auch in den Verhaltensweisen exekutiver (wie z. B. die Polizei) und judikativer Elemente (Gerichtsverfahren).

Peter Ullrich ordnet Pegida in seinem Aufsatz in die gegenwärtigen Protestforschung ein. Ausgehend von Colin Crouch macht er geltend, dass durch die postdemokratischen Entwicklungen auch eine neue Form des Protests entstanden ist, die die Protestforschung vor Herausforderungen stellt. Er argumentiert, dass die neue Form des Protests im Allgemeinen und von Pegida im Besonderen gleichzeitig als eine Reaktion auf, eine Kritik an und eine Verkörperung von postdemokratischen Strukturen verstanden werden könne. Dies liege u. a. daran, dass der gegenwärtige Inhalt politischer Entscheidungen zwar kritisiert oder abgelehnt wird, andererseits aber keine eigene Alternative bereitgestellt wird. Marc Drobot und Martin Schroeder zeigen dagegen auf, dass Pegida eine fundamentalistische Bewegung ist, die ironischerweise viele Übereinstimmungen mit dem islamistischen Fundamentalismus hat, von dem sie sich distanziert.

Luisa Keller und David Berger nehmen den Topos der «besorgten» BürgerInnen auf und legen dar, welche Funktion die «Ängste» der Teilnehmenden für Pegida selbst einnehmen und was es be-

deutet, wenn Empfindungen zu politischen Argumenten hochstilisiert werden. Den Abschluss und eigentlichen Höhepunkt des Bandes bildet Tino Heims Beitrag. Auf nicht weniger als 104 Seiten entwickelt er ein komplexes Bild gesellschaftlicher Verhältnisse. Es stellt sich allerdings die Frage, ob es nicht besser gewesen wäre, den sehr komplexen Aufsatz inhaltlich zu kürzen oder in einer Monografie die Komplexität des Themas zu behandeln, ohne sich dabei auf Pegida zu beschränken.

Heims Aufsatz beginnt mit der Komplizenschaft zwischen Pegida, den Massenmedien und der Politik und endet bei grundsätzlichen Fragen zur Überwindung kapitalistischer Verhältnisse. Im Mittelteil widmet sich der Autor der Fetischisierung politischer Verhältnisse, der Konsumgesellschaft und der Krise der repräsentativen Demokratie. Der Artikel ist voraussetzungsreich, Kenntnisse von Karl Marx, Pierre Bourdieu, Étienne Balibar, Jean Baudrillard und Chantal Mouffe sind zwar nicht zwingend, dem Verständnis aber sehr zuträglich. Zugleich beinhaltet der Aufsatz den einzigen Versuch, Lösungen im Umgang mit rechten Bewegungen anzubieten. Die Lösungen, die Heim anbietet, sind jedoch nicht neu: Bekämpfung der Fluchtursachen anstatt Symptombekämpfung, was durch eine demokratische transnationale Solidarität und der «Interessendurchsetzung in der Verdrängungskonkurrenz nationaler Wettbewerbsstaaten» (S. 426) erreicht werden müsse. Hoffnung besteht nach Heim nur noch darin, die Wachstums- und Wettbewerbslogik zu überwinden. Auch wenn die Chancen dafür nicht gut stehen, sieht Heim die Herausforderung darin, einen Raum für «neue Visionen und Konzepte» (ebd.) zu eröffnen.

Der Sammelband hilft, nicht nur Pegida, sondern auch die Entwicklung rechter Tendenzen und Bewegungen generell besser zu verstehen. Auch wenn Pegida mit dem Versuch gescheitert ist, sich zu internationalisieren, so sind rechtsextreme oder rechtsradikale Einstellungen stärker verbreitet, als gemeinhin angenommen wird. Neben einem offenen Rassismus (wie z. B. von Donald Trump oder Marine Le Pen zelebriert) ist die eigentliche Gefahr jener «Alltagsrassismus», der sich nicht als solcher erkennen lässt, weil er institutionalisiert ist oder angeblich kein Rassismus sein könne, da er ja aus der Mitte der Gesellschaft komme. Um die Manifestation rechter Tendenzen und Einstellungen zu verhindern, reicht es nicht aus, politische Zugeständnisse zu machen. Es muss darum gehen gesellschaftliche Verhältnisse zu etablieren, in denen Rassismus und anderen Diskriminierungsformen institutionell weder Basis noch Legitimierung geliefert werden.

Tobias Rein

Yanis Varoufakis: **Das Euro-Paradox.** Wie eine andere Geldpolitik Europa wieder zusammenführen kann. Aus dem Englischen von Ursel Schäfer. Verlag Antje Kunstmann, München 2016 (384 S.)

Yanis Varoufakis war einer der schillerndsten Protagonisten der griechischen Schuldenkrise. Der zuvor in Australien lehrende, charismatische 55-jährige Wirtschaftsprofessor galt als ausgemachter Kenner der Materie und somit als idealer Kandidat für die Position des Finanzministers der griechischen

Syriza-Regierung. Er scheiterte nach nur fünf Monaten im Amt im Juli 2015 genauso an der Unbeugsamkeit der europäischen Finanzbürokratie wie an Spaltungen innerhalb von Syriza. Zeitgleich mit dem 60. Jubiläum der Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft EWG geschaffen wurde, ist das neueste Buch des bekennenden Linken Varoufakis erschienen: *Das Euro-Paradox* ist sowohl finanzpolitische Abhandlung wie politischer Aufruf und gewährt ungeahnte Einblicke hinter die Kulissen der Entstehung des Euro und seiner schwersten Bewährungsprobe. Varoufakis' Kernthese lautet, dass, obwohl der Euro den europäischen Einigungsprozess beschleunigen sollte, er genau das Gegenteil bewirkte: Der Euro, so Varoufakis, ist eine gemeinsame Währung, die spaltet (S. 11).

Varoufakis' aus dem Englischen übersetzte Abrechnung ist in acht Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel diskutiert er zunächst Entstehen und Zusammenbrechen des Bretton-Woods-Systems, das zwischen 1944 und 1971 feste Wechselkurse dank Goldstandard gewährleistete. Die europäische Währungsunion, so Varoufakis, war nicht zuletzt auch eine Reaktion auf das Ende des Bretton-Woods-Systems der festen Währungskurse. Doch die Verantwortlichen hatten «keine Ahnung [...], welche makroökonomischen Probleme eine Währungsunion aufwirft» (S. 53). Im zweiten Abschnitt präsentiert das Buch die deutsch-französische Annäherung, die besonders in Paris und weniger in Bonn betrieben wurde. Frankreich habe den wirtschaftlichen Aufstieg Deutschlands und jenen der D-Mark als bedrohlich empfunden und «die Währungsunion immer gegen und nicht mit Deutschland konzipiert» (S. 91). Kapitel 3 diskutiert das Entstehen des Europäischen Währungssystems, nicht zuletzt aus Sicht der europäischen Defizitländer wie Portugal, Spanien, Italien oder Griechenland. Im vierten Kapitel bekennt sich Varoufakis zwar zur Möglichkeit eines geeinten Europa, besteht aber darauf, dass dieses nicht aus den bürokratischen Institutionen eines Wirtschaftskartells hervorgehen könne (S. 137–138). Das fünfte Kapitel beschreibt den britischen Entscheid gegen eine Teilnahme an der Eurozone und Kapitel 6 die Rolle von Grossbanken und «Kredithaien», wobei der Autor nochmals klarstellt, dass die «Griechenlandrettung [...] in erster Linie die französischen und deutschen Banken» vor dem Zusammenbruch bewahrt habe: Varoufakis wirft Europas «Umkehralchemisten» vor, «Jahrzehnte kontinentaler Integration durch eine bleierne Uneinigkeit» (S. 207) mithilfe einer gemeinsamen Währung ersetzt zu haben. In Kapitel 7 bespricht Varoufakis die Renaissance rechter Parteien in Europa, insbesondere der faschistischen Goldenen Morgenröte in Griechenland. Zudem streift er einen «Vorschlag zur Lösung der Eurokrise» (S. 295ff.). Im achten Kapitel geht Varoufakis schliesslich auf die Rolle der USA ein, die laut Varoufakis nicht mehr in der Lage sind, als finanzpolitischer Garant zu fungieren (S. 309).

Yanis Varoufakis ist ein kritisches, kenntnisreiches und zugleich unterhaltsames und leichtes Buch gelungen. Diese Leichtigkeit ist aber auch sein grösstes Manko, zumal es oft oberflächlich, seicht und plakativ daherkommt. Es ist ein – in durchaus positivem Sinne – einseitiges Buch. Es sind besonders drei Versäumnisse, die an dem Buch kritisiert werden können: (1) die politische Oberflächlich-

keit, (2) die fehlende Handlungsmacht der «Euro-Opfer» und (3) der polemische Stil.

Varoufakis schreibt *Das Euro-Paradox* vorrangig aus einer ökonomischen und finanzpolitischen Perspektive. Er erfasst die Geschichte des Euro und beleuchtet wirtschaftliche Hintergründe und Interessen, die er nahezu absolut setzt. Auf der Strecke bleiben dabei politische Prozesse. Hier ist Varoufakis nicht selten ein grosser Vereinfacher, zum Beispiel, wenn er die Geschichte der Währungsunion als einen Komplott der Eliten beschreibt. Gemäss Varoufakis besteht in Europa ein manichäischer Konflikt zwischen den Starken und den Schwachen.[1] Dabei unterschlägt er die Vielfalt der sich im Zeitverlauf ändernden Positionen, Akteure und Forderungen. Diese Grundthese erinnert stark an das Denken Machiavallis, der in seinem Werk die Spaltung der Gesellschaft in Schwache und Starke als gegeben sieht: Immer stünden sich «grandi» und «popolo», «nobili» und «plebe» gegenüber.[2] In diesem Konflikt argumentiert Varoufakis mit «ökonomischem Sachverstand» oder schlicht «ökonomischen Realitäten» (S. 146), die es zu beachten gelte. Dabei verpasst er es in seinem politischsten Kapitel 7, systematisch herauszuarbeiten, wie rechter Populismus und Neoliberalismus zusammenhängen.[3] Stattdessen stellt er Überlegungen zur Souveränität in Europa an und argumentiert, dass die Eurogruppe politisch illegitim sei, weil sie niemandem Rechenschaft schulde (S. 286). Die Diskussion um Souveränität innerhalb der EU ist kontrovers und Varoufakis leistet einen nur sehr oberflächlichen Beitrag dazu, weil er die akademischen Debatten dazu völlig ignoriert.[4]

Varoufakis kann sich *zweitens* nicht entscheiden, ob er die Eurokrise als Kampf zwischen Nationen oder als staatenübergreifenden Klassenkampf fassen will, in dem «die Schwachen» passive Opfer sind. *Das Euro-Paradox* irritiert, weil es Griechenland und anderen südeuropäischen Defizitländern jegliche Verantwortung und damit auch jede Handlungsmacht abspricht. Varoufakis unterschlägt alle internen Dynamiken in den Euroländern. So behauptet er, Angela Merkel habe gar Mario Monti in Italien als Ministerpräsidenten «eingesetzt» (S. 226). Dabei ist Politik in Italien höchst dynamisch, konfliktuell und demokratisch, worüber sich Varoufakis (genauso herablassend wie die von ihm kritisierte Haltung) hinwegsetzt. Was Varoufakis zudem gänzlich unerwähnt lässt, die Lesenden aber sicher interessiert, sind die Spannungen innerhalb der Syriza-Regierung.

Mit den vielen Widersprüchen tut Varoufakis, *drittens*, seinen guten Argumenten und der berechtigten Kritik an Euro und Europäischer Union – wie sie etwa auch von Thomas Piketty oder Joseph Stiglitz nüchterner vorgetragen wird –[5] selten einen Gefallen. Dazu kommen kaum haltbare Vergleiche und ein oft polemischer Stil. So zieht er Parallelen zwischen Ausschreitungen griechischer Rechter heute und den Novemberpogromen von 1938 (S. 268), setzt EU und UdSSR gleich (S. 288) und sieht Ähnlichkeiten zwischen der «Griechenlandrettung» und dem Vertrag von Versailles (S. 305). Varoufakis' Text ist durchsetzt von Prämissen, die zu oft unbelegt bleiben, sodass sie wie hohle – wenn auch wirkmächtige – Schlagworte erscheinen. Beispielsweise argumentiert Varoufakis, dass die Brüsseler und Frankfurter «Mega-Bürokratie [...] einem Kartell grosser

Unternehmen» (S. 136) diene. Andernorts ist es dann die Schwerindustrie (S. 145), die Varoufakis als Drahtzieher identifiziert. Er ist gegen den Euro, gegen die Bürokratie, gegen die Bundesbank, gegen das Establishment und gegen «Spekulanten wie George Soros» (S. 169). Er appelliert an ein «europäisches Volk» (S. 301), das sich gegen die Starken erheben solle, weiss aber nicht, welchen Inhalt, ob rechts oder links, dieses «Volk» à la Ernesto Laclau haben wird. Weniger Polemik, dafür mehr Sachlichkeit, Genauigkeit, und Belege hätten das Buch überzeugender gestaltet. Allem voran wäre es wichtig gewesen, innerhalb der einzelnen Akteure zu differenzieren und ihre Interessen dynamischer zu begreifen.

Insgesamt hinterlässt das Buch einen gemischten Eindruck. Einerseits arbeitet Varoufakis erfolgreich alle Grundprobleme des Euro detailliert heraus. Das macht das Buch lesenswert. Andererseits gelingt es ihm in seiner Polemik nicht, der Komplexität und Vielfalt politischer Prozesse gerecht zu werden. Obwohl es sich bei der Geschichte des Euro anbieten würde, schafft Varoufakis es nicht, eine politische Dramaturgie zu entfalten. Bei ihm sind die Rollen von Anfang an klar verteilt, seine Charaktere bleiben politisch monochrom und ökonomisch eindimensional. Es entbehrt nicht an Ironie, auf Seite 297 zu lesen, dass nichts «so toxisch ist wie der Versuch, einen politischen Prozess zu entpolitisieren» – die Lesenden aber über fast 300 Seiten genau einem solchen Versuch beigewohnt haben. Auch bringt er nur wenig Lösungsvorschläge: Sein «Bescheidener Vorschlag» in gekürzter Form im Nachwort birgt kaum Revolutionäres, dafür u. a. eine Abkehr von der Sparpolitik, Umschuldungsmechanismen und weitere, recht technisch anmutende Ideen. Hier fehlt es dem Text eindeutig an politischem Gespür und politischer Vision. Um jene Lesenden auf die Seite zu ziehen, die nicht bereits auf Seite eins der gleichen Meinung sind wie er selbst, hätte Varoufakis differenziertere Argumente präsentieren müssen. Auch eine informierte linke Leserschaft braucht mehr als Plattitüden und Parolen, wie sie auch von rechts zu hören sind, um auf der Seite von Varoufakis zu bleiben. Nur durch eine genuin politische Kritik des neoliberalen Status quo kann ein «linkes europäisches Volk» entstehen, das ein neues, demokratischeres und gerechteres europäisches Projekt – ob mit oder ohne Euro – aufgleist, so wie es Varoufakis einfordert.

Philipp Casula

Anmerkungen

1 Wie der englische Originaltitel *The Weak Suffer What They Must* andeutet.

2 Machiavelli, Niccolò, 1970: Discorsi sopra la prima deca di Tito Livio. Mailand, 137.

3 Das tun hingegen überzeugend Villacañas Berlanga, José Luis und Jorge Ledo, 2010: The Liberal Roots of Populism: A Critique of Laclau. In CR: The New Centennial Review 10/2, 151–182.

4 Siehe dazu: Brown, Wendy, 2010: Walled States, Waning Sovereignty. New York.

5 Stiglitz, Joseph, 2012: Europa spart sich kaputt. Warum die Krisenpolitik gescheitert ist und der Euro einen Neustart braucht. München; Piketty, Thomas, 2016: Peut-on sauver l'Europe? Paris; siehe auch www.spiegel.de/international/europe/thomas-piketty-interview-about-the-european-financial-crisis-a-1022629.html (Abfrage 20.4.2017).

Costis Hadjimichalis: **Schuldenkrise und Landraub in Griechenland.** Mit einem Vorwort von Bernd Belina, aus dem Griechischen von Céline Spieker. Westfälisches Dampfboot, Münster 2016 (204 S.)

Es gibt mittlerweile mehrere Untersuchungen über die Medienberichterstattung zur Schuldenkrise in Griechenland und die Zuspitzung der Auseinandersetzung zwischen der griechischen Linksregierung und den Gläubigern im ersten Halbjahr 2015. Für die «vierte Gewalt» sind die Ergebnisse dieser Studien keinesfalls schmeichelhaft, denn die Medien bewegen sich in Form und Inhalt mehrheitlich auf dem Niveau eines Donald Trump oder einer Frauke Petry. So schreiben etwa Mathias Thiele und Reinhard Vowe (in KultuRRevolution 69/2015, 21): «Was haben wir in den Talkshows eigentlich von den Verhandlungen in Athen oder Brüssel erfahren? Gab es kontroverse Positionen und zu was – zum Mindestlohn, zur Tarifautonomie, zur Mehrwertsteuer auf Medikamenten? Was wissen wir von den zahllosen Talkshows über Unternehmensbesteuerung, über die Privatisierung von Häfen und Flughäfen und den Versuchen, die Verkäufe unter Auflagen zu stellen? Was wissen wir über die Bemühungen, bei Steuerflucht Daten aus anderen Ländern zu beziehen? Nichts. Tipota.» Wer sich dagegen fundiert über die grundlegende Charakteristik und Dynamik der Krisenprozesse sowie ihre Hauptakteure informieren will, dem sei das Buch *Schuldenkrise und Landraub in Griechenland* von Costis Hadjimichalis empfohlen. Hadjimichalis hat an der Harakopio-Universität in Athen Geografie und Regionalplanung gelehrt und ist in den Kreisen der kritischen Stadtsoziologie international bekannt. Wie kein anderes stellt das Buch der interessenpolitisch motivierten Mythenbildung rund um die griechische Krise eine Fülle von analytisch aufbereitetem empirischem Material entgegen.

Angesichts der Komplexität des Gegenstandes beschränkt sich Hadjimichalis auf das Wesentliche und beleuchtet im Speziellen das Thema Landraub in Griechenland im internationalen und historischen Kontext. Dabei geht er von einer grundlegenden Krise der kapitalistischen Akkumulation aus. Da Investitionen in Produktionsanlagen kaum mehr Gewinn abwerfen, wird zunehmend Kapital in Immobilien und Landbesitz investiert. In der Dritten Welt nennt man solche Investitionen treffend «land grabbing» und unterstreicht damit die realen Verhältnisse zwischen Investoren und lokaler Bevölkerung. In der Übersetzung wird der eingedeutschte Begriff Landraub verwendet.

Hadjimichalis erläutert, wie mit dem Hebel der Schuldenkrise die Aneignung von Land durch internationales Kapital beschleunigt wurde. Die Annektierung erfolge keineswegs geheim, sondern geschehe oftmals über offen kriminelle Mittel wie Täuschung, Gewalt und willkürliche Rechtsauslegung. Üblich sei es etwa, dass Investoren Besitztitel von illegal angeeignetem Landbesitz fälschten. Daraufhin erzwingen sie Zwangsversteigerungen, die eng liierte Firmen begünstigen, bei denen sie sich vormals formal verschuldet hatten. Mit diesen öffentlichen Gerichtsverfahren verschaffen sie sich gerichtlich legitimierte legale Besitztitel über zuvor illegal angeeignetes Land.

Landraub hat laut Hadjimichalis eine lange Tradition in Griechenland. Einerseits ist der griechische Staat seit seiner

Gründung 1827 durch verschiedene Landgewinne gewachsen und hat so umfangreiche Ländereien in seinen Besitz genommen. Andererseits ist durch eine radikale Landreform zu Beginn des 20. Jahrhunderts, durch die Neuverteilung von Landbesitz nach der Niederlage im Krieg gegen die Türkei 1919–1922 und durch den Bevölkerungsaustausch mit der Türkei 1923 eine Gesellschaft von kleinen Landbesitzern entstanden. «Insofern wurde in Griechenland eine der radikalsten Agrarreformen in Europa umgesetzt, die den kleinen familiären Grundbesitz zu einem zentralen Faktor im griechischen Kapitalismus machte.» (S. 82) Die umfangreichen staatlichen Ländereien, die nur unzureichend gesetzlich geschützt sind, wurden vielfach von Bauern, Klöstern, kleinen Gewerbetreibenden und Unternehmen angeeignet, um sie privat und gewerblich zu nutzen. In städtischen Randbezirken wurde mittels «Mikrolandraub» Bauland für Wohneigentum geschaffen. Rund dreissig Prozent der Immobilien in den griechischen Städten wurden auf diese Weise illegal errichtet (S. 84). Der Staat habe diese illegale Praxis stets nachträglich legalisiert, um politische Loyalitäten zu schaffen. Erst nach dem Fall der Obristenjunta mit der Verfassung von 1975 wurden staatliche Ländereien und insbesondere die Waldgebiete per Gesetz geschützt. Der entsprechende Artikel 24 wurde seitdem immer wieder von den gesellschaftlichen Eliten angegriffen. Um Bauland zu schaffen, griffen auch sie gerne zu kriminellen Mitteln wie etwa Brandstiftung. Auch diese Methoden seien zumeist durch eine nachträgliche Legalisierung des so gewonnenen Baulands von den staatlichen Behörden gefördert worden.

Seit den 1990er-Jahren transformierte sich die verbreitete Praxis des Mikrolandraubes. Nun wurde der Landraub zunehmend von Unternehmen und kirchlichen Institutionen betrieben und die widerrechtliche Aneignung von Grund und Boden quasi kapitalisiert. An die Stelle des Landraubes zur privaten und kleingewerblichen Nutzung trat die grossmassstäbliche kapitalistische Verwertung für touristische Zwecke oder für den Bergbau. Auch diese Praktiken wurden staatlich gefördert: Der Staat habe diese Praktiken legitimiert mit Gesetzen, «die jeden Planungsansatz mit sozialem Charakter aushebeln und einen erbärmlichen balkanischen Neoliberalismus» einführten. «So veränderte sich die gesamte institutionelle Landschaft städtebaulicher Leitplanung, was sich vor allem in der Beseitigung der ohnehin nur rudimentär entwickelten sozialen Planungsinstrumente einerseits und in deren Ersetzung durch Ad-hoc-Neuregulierungen zugunsten bestimmter Kapitalfraktionen und Grossprojekte offenbart.» (S. 102)

Diese Tendenz hat, so Hadjimichalis, mit der Schuldenkrise an Systematik und Umfang dramatisch zugenommen. Immer mehr internationale Investoren beteiligen sich am Landraub. Die Kreditverträge zwischen dem griechischen Staat und den Staaten der Eurozone, dem Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Europäischen Zentralbank (EZB) hebeln den ohnehin schwachen Schutz öffentlicher Ländereien weitgehend aus. Das Verfassungs-, Europa- und Völkerrecht wurden faktisch aufgehoben. Hadjimichalis stützt sich hierbei auf die einschlägigen Publikationen der Staatsrechtler Giorgos Kassimatis (siehe *Widerspruch* 61) und Giorgos Katrougalos,

der bis zu seiner Ablösung durch Evi Achtsioglou Arbeitsminister der Syriza-Regierung war. Entgegen der in Deutschland verbreiteten Auffassung, die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und die Reform des Staatswesens trügen zur Überwindung der Krise der Staatsfinanzen Griechenlands bei, belegt Hadjimichalis das Gegenteil: Das von den Gläubigern etablierte Schuldenregime dient als Hebel zur Umverteilung von Eigentum in grossem Stil. Ebenso fördert sie die offiziell immer beklagte Korruption.

Für die von den Gläubigern geforderten Privatisierungen musste der griechische Staat eine Privatisierungsagentur gründen – nach dem Vorbild der deutschen Treuhand, die in Deutschland für die Privatisierung der DDR-Besitzstände zuständig war. Vorsorglich wurden alle Personen, die mit den Privatisierungen zu tun haben, im März 2013 von der Strafverfolgung ausgenommen. Die Liste der Rechtsbeugungen und Rechtsbrüche unter dem Regime der Troika jedoch liesse sich fast beliebig verlängern. En détail weist Hadjimichalis nach, dass der einstige Titel der *Bild*-Zeitung, «Verkauft doch eure Inseln, ihr Pleite-Griechen!», durchaus wörtlich zu nehmen ist.

Durch die Konzentration auf die Landfrage gerät die soziale Transformation der griechischen Gesellschaft im Buch etwas in den Hintergrund, wie der Autor selbst einräumt. Viele der von den Gläubigern diktierten Reformen betreffen die Rechte von ArbeiterInnen, etwa den Kündigungsschutz oder das Kollektivvertragsrecht, sowie EmpfängerInnen von Transfereinkommen wie RentnerInnen. Das schmälert jedoch nicht die Bedeutung dieser soziologisch und politikwissenschaftlich fundierten Studie Hadjimichalis', die im deutschen Sprachraum ihresgleichen sucht. Positiv erwähnt sei nicht zuletzt die hervorragende Übersetzung durch Céline Spieker und ihre erläuternden Anmerkungen für LeserInnen, die mit den Verhältnissen in Griechenland nicht vertraut sind.

Gregor Kritidis

Diese Rezension ist auf *theoriekritik.ch* erschienen und wurde von der Redaktion überarbeitet.